Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 29. August 1928 — Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Rittersraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 6957—6949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Das Unterhaltungsblatt • Das neue Buch • Kraft und Stoff • Weltwerkerbe • Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang — Nr. 403 — 29. 8. m — 10 Pfennig

Stresemanns Gespräch mit Poincaré

Betrachtungen des „Temps" über Inhalt und Auswirkung

fs. Paris, 28. 8. (Eigenbericht)

Ueber den Inhalt des Gespräches, das Stresemann mit Poincaré geführt hat, wird natürlich strengstes Stillschweigen gewahrt. Im allgemeinen kommt in der Presse die Auffassung zum Ausdruck, daß Stresemann den Standpunkt der deutschen Regierung zu den schwebenden Fragen entwickelte, während Poincaré sich nur reserviert verhalten hat. Wenn die Rede Stresemanns in der Absicht erfolgte, die Atmosphäre, in der die Annäherungspolitik in Frankreich weiter geführt werden solle, zu verdeutschen, so wäre das — nach dem „Temps" zu schließen — gelungen. Wenn das Blatt auch betont, daß heute keine Lösung improvisieren könne, da die Räumungsfrage nicht nur Frankreich allein, sondern alle alliierten Staaten angehe, so führt es anderseits aus, daß die Tatsache der Pariser Unterredung eine beträchtliche Bedeutung habe, daß sie davon Zeugnis ablege, daß sich etwas in der internationalen Lage geändert haben müsse, und daß sie in der Politik der Diplomatie und der Entente, der Verständigung und Wiederannäherung eine Atmosphäre schaffe und ein Ereignis sei.

Nach den letzten vorliegenden Meldungen entspricht es nicht den Tatsachen, daß Rußland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, dem Pakt beizutreten, vielmehr hat die Sowjetregierung noch keine Entscheidung getroffen.

Wilsons Gespenst im Uhrensaal

In demselben Saale, in dem der Kellogg-Pakt unterzeichnet worden ist, sah einst Präsident Wilson. Der französische Außenminister Briand hat in seiner feierlichen Rede daran erinnert. Aristide Briand gilt als einer der besten Redner der Gegenwart. Was mag ihn bewogen haben, dieses furchtbare Gespenst zu beschwören? In den Vereinigten Staaten hat sich schon lange die Sorge gerührt, daß Staatssekretär Kellogg durch die Geheimdiplomatie der europäischen Entente-Staaten ebenso getäuscht, irregeführt und überrascht werden würde, wie seinerzeit Präsident Wilson. Es gehörte ein beachtenswertes Maß von Mut und Selbstvertrauen für Kellogg dazu, daß er sich trotz des Schicksals, das Wilson erlitten hat, zu der Reise nach Paris entschloß.

Briand sprach zwar jetzt von Wilson als dem berühmten Vorgänger Kelloggs, der bei seiner Arbeit für den Frieden ein so starkes Bewußtsein von der Rolle seines Landes an den Tag gelegt habe. Aber die Amerikaner haben es Wilson nie verziehen, daß er in Wahrheit als geschlagener Mann nach seiner Heimat zurückkehren mußte. Das Parlament hat die Bindungen, die Wilson unterschrieb, bitter verworfen.

Wir haben vor einiger Zeit auf Grund neuer Quellen beschrieben, wie es Wilson zumute war, als er als Mißschuldiger des Versailler Diktats dann Frankreich verließ. Man hatte früher angenommen, daß sein Groll sich gegen Clémenceau, den damaligen französischen Ministerpräsidenten, als seinen eigentlichen Ueberwinder gerichtet habe. Inzwischen ist an den Tag gekommen, daß der an Leib und Seele gebrochene Wilson in Poincaré die eigentlich treibende Kraft erblickt und grimmig gehaßt hat.

Wilsons persönliches Schicksal ist wirklich erschreckend. Das Volk der Vereinigten Staaten hat diesen Präsidenten, der sich Poincaré unterlegen gezeigt hatte, fallen lassen. Und jetzt erinnert der französische Außenminister den amerikanischen Staatssekretär des Aeußern an diesen seinen „Vorgänger"! Spielt hier der Hohn des Ueberwinders zu Kellogg? Das wäre doch wohl etwas zu voreilig. Die Diplomaten der Vereinigten Staaten ist auf der Hut. Sie hat Wilsons Erlebnisse nicht vergessen. Man merkt dies übrigens auch an den Kommentaren der amerikanischen Presse. Die Erinnerung an den an dieser selben Stelle errungenen Sieg der Gewaltpolitik Poincarés über den damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, war ein jeden Fall ein merkwürdiger Ton in der Friedenssymphonie der Kellogg-Unterzeichnung.

Die Lärmseuche

Die Berliner Polizei hat endlich, nachdem Bad Köksen mit gutem Beispiel vorangegangen war, den Kampf gegen den Lärm aufgenommen, und zwar dort, wo er nachgerade auch für gesunde und starkverträgliche Menschen unerträglich wurde: bei den Motorrädern. In einer netten Feuilletonplauderei war kürzlich einem Richter scherzhaft der Ausdruck in den Mund gelegt worden: das ginge technisch nicht anders. Erfreulicherweise irrt dieser Richter, denn wenn er nicht irre, dann müßte man doch wohl die peinliche Schluß folgerung ziehen, Motorräder für die Benutzung in bewohnten Gegenden überhaupt zu verbieten. In der Tat ist der Motor in einem Motorrad technisch nicht anderes, wie der Motor in einem Automobil oder in einem Flugzeug. Ein jeder solcher Motor macht, wenn man ihn frei hinfliegt, starken Lärm. Der Lärm rührt her von den Gasexplosionen, die den Motor in Bewegung setzen. Er entsteht durch das notwendigerweise heftige, rasche Ausströmen der Gase. Das wußte man schon vor 50 Jahren, als die ersten Gasmotoren in Gewerbebetrieben aufgestellt wurden. Dieser Lärm hat auch damals dazu geführt, daß die Motoren großer Feindschaft begegneten. Unter diesem Druck bemühte sich die Industrie, den Schall zu dämpfen. Die heute durch die Straßen fahrenden Automobile sind der schlüssige Beweis dafür, zu welchen ausgezeichneten Ergebnissen diese Arbeiten geführt haben. Bei Anwendung der zur Verfügung stehenden Mittel der Technik ist ein vollständig geräuschloser Betrieb von Benzin- und Benzolmotoren und jedem anderen Gasmotor möglich. Das knatternde Motorrad ist unter diesem Gesichtswinkel weiter nichts wie grober Unfug. Daß er so herumwuchs, ist einerseits Schuld der Behörden, die die bestehenden gesetzlichen Handhaben einfach nicht anwandten, ist anderseits aber Schuld der Motorradfahrer selbst, die in leider überaus großer Zahl feinerlei Wert darauf legten, sich sozial und kulturgemäß zu benehmen, vielmehr nach Jungenart eine besondere Freude an der Verübung möglichst großen Lärms bewiesen, der sie außerdem der Notwendigkeit vorsichtigen Fahrens und der Abgabe von Warnungssignalen enthob — wenigstens nach ihrer Meinung. Händler und Reparaturanstalten unterstützen stellenweise dieses völlig zu Unrecht als „sportlich" bezeichnete Benehmen noch dadurch, daß sie bei der Bestellung der für Lärmdämpfung etwa vorhandenen Einrichtung halfen. Angesichts dieser Tatsachen gaben sich auch die Fabriken feinerlei besondere Mühe, das Geräusch wirksam abzudämpfen. Es wird jetzt großer Zähigkeit und sehr drastischer Mittel bedürfen, um diese fahrlässig unbestraften Sünden auszumerzen. Das Wirksamste ist natürlich die „Sicherstellung" der lärmenden Maschine. Interessen der Allgemeinheit müssen unbedingt den höchst persönlichen Wünschen Einzelner übergeordnet werden.

Polen durch den Kellogg-Pakt nicht zufriedengestellt

Zaleski vermißt die „Sanktionen" — Bereithaltung eigener Mittel zur Verhütung von Feindseligkeiten

fs. Paris, 28. 8. (Eigenbericht)

Der polnische Außenminister Zaleski hat im Laufe des heutigen Tages die Presse empfangen, um sich nicht nur über den Kellogg-Pakt, sondern über die allgemeine politische Lage zu äußern. Aus dem Pakt dürfe man keinen übertriebenen Optimismus schöpfen und nicht mehr Hoffnung auf ihn setzen, als er verwirklichen könne. Der Pakt habe keine „Sanktionen" gegen die war, die ihn brechen würden. Er schaffe kein Mittel, um einen bewaffneten Zusammenstoß zu verhindern oder zu vermeiden, wenn er ausbrechen sollte. Es gäbe in Europa Gegenden, wo die Kriegsgefahr unwahrscheinlich, wenn nicht ausgeschlossen sei. Es gäbe andere, wo die Zwistigkeiten zwischen den Nationen vorhanden und wo Weisheit und Mäßigung infolgedessen nicht immer ausgeübten brauchten, um die Gefühle und Leidenschaften im Zaume zu halten. In diesen Gebieten müßte man den Frieden organisieren entsprechend den besonderen Umständen und den geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Dabei stoße man auf die schweren Probleme der Sicherheit und Entwaffnung. Man müsse alle besondere Lösungsmöglichkeiten suchen, um für diese Gebiete Sicherheiten zu schaffen, und dürfe dabei nicht aus dem Auge verlieren, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in diesen Gebieten, obgleich sie die Menschheit als Ganzes angehe, nur durch die Nationen verbürgt werden könne, deren Interessen dort unmittelbar auf dem Spiel ständen und die infolgedessen selbst die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen müßten, die geeignet seien, den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern.

Alle diese Fragen habe der Völkerbund zu lösen. Der Kellogg-Pakt werde die Arbeiten des Völkerbundes in stärkerer Weise erleichtern, denn er schaffe ein neues Moment, das selber der Völkerbund noch nicht zu schaffen fähig gewesen sei.

Der Pakt, so führte Zaleski auf eine Frage weiter aus, mache den legalen Krieg zwischen Deutschland und Polen vollkommen unmöglich. Daher sei schon viel erreicht. Die Agitation die gewisse deutsche Zeitungen und gewisse deutsche Kreise für eine Aenderung der Ostgrenzen führten, werde ebenfalls mit der Tatsache rechnen müssen, daß Deutschland einen Vertrag unterzeichnet habe, durch den es sich verpflichtet habe, nicht zum Kriege zu schreiten. Diese Verpflichtung sei allerdings in den Locarno-Verträgen bereits enthalten, aber in dem neuen Pakt sei sie besonders klar zum Ausdruck gebracht.

Der Anschlußfrage gegenüber halte sich Polen völlig im Rahmen der bestehenden Verträge. Zur Entwaffnungsfrage wurde ausgeführt, daß Polen Hand in Hand mit Frankreich vorgehe und daß diese Frage zwischen Frankreich, Polen, englisch-französische Marineabkommen interessiere. Polen nicht, da es angenommen nur über geringe Seestreitkräfte verfüge. Die polnisch-litauischen Verhandlungen seien gescheitert. Es sei jetzt am Völkerbundrat, darüber zu entscheiden, was geschehen könne. Polen glaube, daß die offenen Verhandlungen fortzuführen, in der Hoffnung, daß die Zeit eine Lösung für die dornige Frage bringen werde. Polen glaube, daß die offenen Verhandlungen fortzuführen, in der Hoffnung, daß die Zeit eine Lösung für die dornige Frage bringen werde. Polen glaube, daß die offenen Verhandlungen fortzuführen, in der Hoffnung, daß polnischerseits böse Absichten gegenüber Litauen nicht bestünden, sondern daß Polen mit seinen Nachbarn und besonders mit Litauen in Frieden und Eintracht leben wolle.

Von den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die am 10. September in Warschau beginnen sollten, erhoffe man in Polen einen glücklichen Ausgang. Soweit man die Dispositionen der neuen deutschen Regierung kenne, sei auf eine entgegenkommendere Haltung Deutschlands zu rechnen. Jedenfalls würden die Verhandlungen auf rein ökonomisches Gebiet beschränkt bleiben. Wenn es sich um Geschäfte und um Zahlen handele, könne man sich stets verständigen.

Die „DAZ" enthält am Freitag früh eine besondere Beilage, die der Funkausstellung anläßlich ihrer Eröffnung gewidmet ist. Die nächste Nummer der Beilage „Weltwerkerbe" erscheint am kommenden Mittwoch.

Frühstück beim französischen Staatspräsidenten

fs. Paris, 28. 8. (Eigenbericht)

Der Präsident der französischen Republik gab heute in Rambouillet ein Frühstück zu Ehren der Botschafter. Die Botschafter der Länder, die dem Pakt beigetreten sind, und die Mitglieder der Regierung waren ebenfalls geladen, ebenso der französische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Claudel, und Generalsekretär Berthelot. Die Gäste trafen zwischen 12 und 12.15 Uhr in Rambouillet ein. Gleichzeitig des Eisens sah rechts vom Präsidenten Doumergue Staatssekretär Kellogg, links der amerikanische Botschafter Herrick, Poincaré sah Doumergue gegenüber, rechts von ihm Lord Curzon, dann Botschafter v. Hoesch. Nach dem Kaffee begab man sich in den Park, in dem einige Stuffagaten eingerichtet worden waren, die dem Präsidenten der Republik eine Adresse überreichen wollten. Sie mußten von der Gendarmerie entfernt werden.

Am Nachmittag fand ein Empfang im Stadthaus statt. Der Präsident des Stadtrates sprach einige Begrüßungsworte. Nach ihm sprach der Seine-Präfekt. Die Bevollmächtigten zeichneten sich in das Goldene Buch der Stadt Paris ein. Den Damen wurden Rosenbuketts überreicht.

*

Der Originaltext des Kellogg-Paktes wird in Washington hinterlegt, ebenso geschieht es mit den Ratifikationsurkunden. Der Pakt wird in Kraft treten, sobald sämtliche Ratifikationsurkunden aller Staaten, die gestern ihre Unterschrift geleistet haben, in Washington hinterlegt sind.

Besuch Baldwins in Paris

sx. London, 28. 8. (Eigenbericht)

Der englische Ministerpräsident Baldwin wird Ende September einen mehrtägigen Besuch in Paris abstatten. Baldwin hat die Einladung des neuen englischen Botschafters in Paris, Sir William Tyrrell, angenommen, auf der Rückreise von Nix-les-Bains nach London ein paar Tage sein Gast in der englischen Botschaft in Paris zu sein. Der Besuch soll privaten Charakter tragen.

Keine Einigung über die Kontrolle der Rüstungsindustrie

Genf, 28. 8.

Ueber die grundlegende Frage der Kontrolle und Offenlegung der gesamten Produktion der staatlichen und der privaten Rüstungsindustrien konnte in dem Sonderausschuß zur Ausarbeitung einer Konvention für die Kontrolle der Rüstungsindustrien auch heute keine Einigung erzielt werden. Die vom Redaktionskomitee vorgeschlagene Kompromißformel, die für die Kontrolle der privaten Rüstungsindustrien Vorkehrungen ihrer Produktion mit maßgebenden Einzelheiten vorsieht, für die staatlichen Rüstungsindustrien sich aber auf die Vorkehrungen beschränkt, wurde von dem Berichterstatter Guerrero (Salvador) angesichts der von verschiedenen Staaten aufrechterhaltenen Vorbehalte als unzulänglich bezeichnet. Man müsse sich daher fragen, ob es nicht besser sei, nach dem Scheitern der Verhandlungen vom Frühjahr 1927 nunmehr ein zweites Fiasko einzugestehen.

Im Gegensatz zu dieser von dem holländischen Vertreter Rutgers geteilten Auffassung verteidigte Großbritannien das Kompromiß als ein Minimum, mit dem zwar niemand zufrieden sei, auf dem aber die bevorstehende Völkerbundsversammlung im Hinblick auf die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz weiter bauen könne. Nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes müsse man in dieser Hinsicht etwas optimistisch denken (!). Auch der japanische Delegierte Sato glaubt, daß der jetzige Stand der Angelegenheit die weitere Beratung auf einer Konferenz erlaube. Da eine Einigung auch bei der heutigen Aussprache nicht möglich war, schlug der Vorsitzende Graf Bernstorff vor, dem Völkerbundsrat über die weiter bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Vorbehalte zur Kontrollfrage unter Schilderung des gegenwärtigen Standes der ganzen Angelegenheit Bericht zu erstatten. In dem Bericht müßte nach seiner Auffassung gleichzeitig gesagt werden, daß eine Einberufung der geplanten Konferenz für die Kontrolle der Rüstungsindustrien noch nicht möglich sei und daher der Sonderausschuß zu einer neuen Tagung zusammentreten müsse.

Diesen Richtlinien für den Bericht wurde zugestimmt. Auf Anregung des polnischen Vertreters Sokal soll gleichzeitig der kategorischen Feststellung, daß die Konferenz noch nicht einberufen werden könne, abgeholfen werden. Nach Abschluß der artikelweisen Beratung des Vorentwurfs wird der Ausschuß voraussichtlich am Donnerstag zu seiner Schlußsitzung und zur Genehmigung des Berichts an den Rat zusammentreten.

Die Tariferhöhung der Reichsbahn

Verhandlungen über die Kohlentarife — Erleichterungen auch für Eisen? — Die Auswirkungen des Zweiklassen-Systems

Zu den vor der Durchführung stehenden Tarifplänen der Bahn erfahren wir noch, daß nicht nur hinsichtlich der Gestaltung der Kohlenfrachten, sondern auch über gewisse Erleichterungen für Eisen gestern noch Verhandlungen geführt worden sind, deren Ergebnis heute mitgeteilt werden dürfte.

*

Im Personenverkehr ist als sicher zu erwarten, daß der Uebergang zum Zweiklassen-System vollzogen, ein Eilzug-Zuschlag eingeführt und der Schnellzug-Zuschlag verdoppelt wird. Eine Steigerung darüber hinaus wird bei den Schnellzügen durch Einrichtung einer vierten und fünften Schnellzugzone eintreten.

*

Die Grundpreise für den Personenverkehr werden sich im Verhältnis zu den jetzigen wie folgt gestalten:

	jetziger Preis	vorgesehener Preis	Veränderungen
4. Klasse	3,3 Pfg.	3,7	+ 12 v. H.
3. Klasse	5 Pfg.	5,7	— 26 v. H.
2. Klasse	7,5 Pfg.	5,6	— 25,3 v. H.
Luxus und 1. Schlafwagen-Klasse	10,8 Pfg.	9,3	— 13,9 v. H.

Der jetzige Reisende der dritten Klasse wird die Wahl haben, zegen 26 Prozent Ermäßigung in der Holzklasse mit den bisherigen Reisenden vierter Klasse zusammenzufahren oder eine 12prozentige Mehrausgabe in Kauf zu nehmen und damit in die Polsterklasse überzugehen. Zeitkarten bleiben frei.

Die Schnellzugs-Zuschläge werden folgendes Aussehen haben:

	Holzklasse	Polsterklasse	Luxusklasse in Schlafwagen
1. Zone (1— 75 km)	1 Rm.	2 Rm.	3 Rm.
2. „ (76—150 „)	2 „	4 „	6 „
3. „ (151—225 „)	3 „	6 „	9 „
4. „ (226—300 „)	4 „	8 „	12 „
5. „ (301 u. mehr)	5 „	10 „	15 „

Um die Ueberfüllung der Schnellzüge auf nahe Entfernungen zu vermeiden, ist die Zusammenziehung der 1. und 2. Zone in Aussicht genommen. Es wird also als Mindestschnellzugzuschlag erhoben werden in der Holzklasse 2 Mark (gegen bisher 50 Pfennige), in der Polsterklasse 4 Mark (1 Mark) und in der Luxusklasse und im Schlafwagen 6 Mark (2 Mark).

Außerdem sollen die Eilzüge mit einem Zuschlag belegt werden, wobei zur Schonung des in diesen Zügen starken Nahverkehrs eine Nahzone von 1—35 Kilometer vorgesehen werden soll. Die Zuschläge würden sich danach belaufen auf:

Nahzone	Holzklasse	Polsterklasse
1. Zone (1— 35 km)	0,25 RM.	0,50 RM.
2. Zone (36— 75 km)	0,50 RM.	1,— RM.
2. Zone (76—150 km)	1,— RM.	2,— RM.
3. Zone (151—225 km)	1,50 RM.	3,— RM.
4. Zone (226—300 km)	2,— RM.	4,— RM.
5. Zone (301 km u. mehr)	2,50 RM.	5,— RM.

Die beschleunigten Personenzüge fallen als besondere Zuschläge fort, was aber, wie die Bahn versichert, nicht bedeutet, daß später keine Züge mehr gefahren werden würden, die durch Fortfall mehrerer Ausenthalte eine schnellere Beförderung ermöglichen.

Neue Schwierigkeiten für Ahmed Sogu

Der Tag der Königswahl weiterhin undestimmt

kbg. Wien, 28. 8. (Eigenbericht)

Die geplante Ausrufung Ahmed Sogus zum König stößt anscheinend auf unvermutete Schwierigkeiten. Die albanische Nationalversammlung hat am Montag die vom Justizminister verlesene Botschaft Ahmed Sogus zur Kenntnis genommen, in der Ahmed Sogu seine „tiefste Achtung für die uneingeschränkte und unverletzbare Souveränität des albanischen Volkes" zum Ausdruck brachte. Er gab gleichfalls in der formellsten Art in dieser Botschaft die Versicherung, daß die Nationalversammlung die Repräsentantin der Nation sei und als solche alle Fragen zu entscheiden habe, von denen das Schicksal der Nation abhänge.

Heute liegt aus Tirana die Meldung vor, daß die rechtsgültige Proklamation des neuen Königs eine weitere Verzögerung erfahre, und man nicht wisse, ob die Nationalversammlung in ihren nächsten Sitzungen am Donnerstag und am Sonnabend die Verfassungsreform beschließen werde, die als Voraussetzung der Königswahl notwendig sei. Es wird gleichzeitig gemeldet, daß Umzüge und Volkskundgebungen zugunsten Ahmed Sogus stattfinden. Aber die Wahl selbst scheint noch ungewiß zu sein.

Stresemann in Baden-Baden

Baden-Baden, 28. 8.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute abend 8,32 Uhr in seinem Salonwagen hier eingetroffen. Er begab sich sofort mit seiner Begleitung im Automobil nach dem Hotel Bellevue, wo er für die Zeit seines Nachkuraufenthalts Wohnung genommen hat.

*

Staatssekretär Dr. von Schubert verließ am Dienstag abend 8,25 Uhr in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Gaus, des Gesandten Freytag, des Geheimrats von Molke und einer Reihe weiterer Herren des Auswärtigen Amts Berlin, um sich nach Genf zur Ratstagung zu begeben. Mit dem gleichen Zuge fahren auch der dänische Außenminister Moltesen, sowie der Berliner dänische Gesandte Grafe und der litauische Gesandte Sidzikauskas nach Genf. Staatssekretär Dr. von Schubert weilt in Baden-Baden am Mittwoch mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann zusammentreffen.

Auf der Charlottenburger Chaussee wurde der 65jährige Generalarzt a. D. Dr. Otto Reinhardt aus der Klopstockstraße 7 von einer Autodroschke umgefahren und schwer verletzt. Er fand im Krankenhaus Moabit Aufnahme. Lebensgefahr besteht nicht.

Zum Tage

Die Polizei zum neuen griechischen Senat wurden auf den 18. November festgesetzt.

*

In Agram ist im Tatsfluß des Gebäudes, in dem die kroatische Bauernpartei ihren Sitz hat, Feuer ausgebrochen. Es wird Brandstiftung vermutet.

*

Der Sohn des ungarischen Reichsverwesers Horthy ist in der letzten Sitzung der British-Ungarischen Bank zum Direktor dieser Anstalt ernannt worden.

Leises Anziehen der Erwerbslosenziffer

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung hat in der Zeit vom 1. bis 15. August — zum Teil auch noch bis 15. August — ein erstes Mal seit dem 15. Januar d. Js. — zugenommen, allerdings nur um 3,1 v. H. bei dem Umfange. Sie stieg von rund 564 000 auf 567 0000, d. i. um 0,6 v. H. Die Steigerung ist auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 5800 oder 1,4 v. H. gestiegen ist, während im Gegensatz hierzu die Zahl der weiblichen noch um 2100 oder um 1,3 v. H. zurückging.

In der Krisenunterstützung ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen noch weiter zurückgegangen und zwar bei den Männern um 2,3 v. H., bei den Frauen um 3,4 v. H. Insgesamt sind die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 82 900 auf 80 900, d. i. um 2000 oder 2,5 v. H.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Tägl. Geld	7½	7½	London 60 T.	4,81½	4,81½
Bankdiskont			Paris	3,96½	3,96½
(60 Tage) B.	4½	4½	Brüssel	13,94	13,94
do. do. G	4½	4½	Amsterdam	40,08½	40,08½
Fä. Bankdiskont,			Madrid	16,61½	16,62
niedrig. Kurs	5½	5½	Oslo	26,48	26,49
do. höchster	5½	5½	Kopenhagen	26,48½	26,49½
Berlin Mittelk.	23,84	23,84½	Prag	2,96½	2,96½
bez.	—	—	Wien	2,23½	2,23½
London			Madrid	16,61½	16,62
Kabel	4,85¾	4,85¾	Zürich	18,95	18,95

New York, Wertpapiermarkt

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Kalifornien Bonds	23,75	23½	Kanadische Pacific	—	—
Ro inka	17,25	17,25	Wellfleet	5,38	5,38
Sepbr.	16,00	16,05	Schwarz West	12,25	13,25
Dezbr.	16,03	16,04	Tabe extra issue	8,25	8,25
Januar 29	15,88	15,91	Bor. Saatöl inkas.	9,00	9,00
Mai	15,75	15,79	Aug.	9,30	9,25
Baumwolle inkas.	18,64	18,64	Sept.	9,30	9,26
Septbr.	19,03	18,85	Petrol. Standard, N.	17,40	17,40
Oktbr.	19,05	18,78	„ Tassers	13,75	13,75
Dez.	18,92	18,64	Midcontinent	1,19	1,19
Januar	18,86	18,57	Pennsylv. Raböl	3,20	3,20
Zucker Sept.	2,60	2,25	Zucker Sept.	2,25	2,22
Dezbr.			Dezbr.	2,29	2,31
Januar	2,40	2,38	Januar	2,40	2,38
Kautsch. crepe	19,00	19½	Kautsch. crepe	19,00	19½
shect	18,75	18,75	shect	18,75	18,75
Terpentin	52,50	52,50	Terpentin	52,50	52,50
Savannah	49,50	49½	Savannah	49,50	49½
Basinw. N. Orl.	18,75	18,75	Basinw. N. Orl.	18,75	18,75

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Weizen, rot. 1528	131½	131½	Mais, Sp.	5,75—7,15	5,75—7,15
Hartwinter, 1202	127½	128½	Getrd. Frgt.	1/3—20 40	1/3—20 40
Mais, inkas.	89½	86½	Kontinent	10—12 cts	10—12 cts

Chicago, Produktenmarkt

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Weizen Septbr.	112½	111½	Schmalz Oktober	12,57½	12,55
Dezbr.	118	116½	Kippen September	14,35	14,22
Mais Septbr.	92½	93½	Speck	14,62½	14,62½
Dezbr.	76½	73½	Leichte (inkofr.	11,60	11,60
Hafer Septbr.	39½	38	Schweine (inkofr.	12,50	12,50
Dezbr.	41½	40½	Schwere (inkofr.	11,85	11,85
Roggen Septbr.	97½	97½	Schweine (inkofr.	12,60	12,60
Dezbr.	99½	97½	Zufuhr Chicago	15,000	23,000
Schmalz Septbr.	12,42½	12,42½	„ Western	60,000	62,000

Auslandskapital und Dawes-Zahlungen

Anregungen und Betrachtungen

Von unserem Berichterstatter

fs. Paris, im August.

Es ist, wie das in der „D. A. Z." erst kürzlich wieder ausgeführt wurde, natürlich unbestritten, daß der Dawesplan nicht sinngemäß funktioniert. Der Plan sah vor, daß Deutschland aus den Ueberschüssen seiner Zahlungsbilanz Reparationen leisten sollte, aber diese Ueberschüsse der Zahlungsbilanz sollten keineswegs erzielt sein durch Aufnahme von Krediten im Ausland. Bisher hat sich Deutschland die Devisen zur Bezahlung seiner Reparationsverpflichtungen geliehen. Aus diesem Zustand ergeben sich unter anderem zwei Fragen: 1. Bedarf Deutschland auch jahlen können, sobald die Umstände es zwingen aus eigener Kraft Reparationen zu zahlen? Sofern für den Standpunkt, daß Deutschland 2,5 bis 3 Milliarden aus eigener Kraft leisten könne, überhaupt Argumente angeführt werden, lassen sich diese Argumente ebenso anführen, um eine Zahlung von 10, 15 oder X Milliarden für möglich zu halten. Das entscheidet über die Qualität der Argumente.

Die zweite Frage die sich ergibt, und die hier in der deutschen Oeffentlichkeit werden soll, ist die, was für Verhältnisse sich ergeben müssen in dem Augenblick, wo der Zufrom von Auslandskapitalien aufhört, wo also der Beginn einer Zahlung aus eigener Kraft gemacht werden muß. Man hat dieses Stadium gerne als Uebergangsstadium bezeichnet, indem man die Wirtschaftsordnungen, die nach allgemeiner Anschauung in ihm auftreten müssen, nur als einen Uebergang zu einem definitiven Zustand ansah. Man kann diese Bezeichnung dann akzeptieren, wenn man sich darüber klar bleibt, daß jener definitive Zustand in sich selber etwas völlig Unbekanntes und Unübersehbares ist, und wenn man sich ferner darüber klar ist, daß das tatsächliche Definitivum selber beeinflußt und vielleicht beseitigt werden wird durch die wirtschaftlichen Erschütterungen in jener sogenannten Uebergangszeit.

Gründe der Kapitalsaufnahme im Ausland

Es gibt für die deutsche Kapitalsaufnahme im Ausland zwei mögliche Erklärungen: 1. Es fehlt in Deutschland nicht an Kapitalien, sondern es fehlt eine Devisenzone Milliardenbeträge also, die durch Reparationssteuern vom Staate erfaßt werden, sind indessen nicht ohne weiteres transferiert werden können. Um sie zu transferieren, leiht man im Ausland Devisen und gibt als Gegengabe eine Hypothek auf jene Zwischenfiskalschuld. Wenn das so wäre, so würde diese Praxis offenbar beliebig lange fortgesetzt werden können, weil bei gleichbleibender Produktivität der Wirtschaft immer Güter vorhanden wären, die man als Pfand für die Devisenleihe hingeben könnte. Diese Praxis müßte nur dann unterbrochen werden, wenn das Ausland kein Interesse mehr an dem Erwerb dieses Pfandes nimmt. Anderseits: sieht es sich heraus, daß die erfaßten Werte keinen Ueberschuß der Wirtschaft darstellen, so ist es klar, daß eines Tages die Auslandstrebite aufhören müssen, spätestens dann, wenn nichts mehr zu verleihen übrig bleibt. Letzteren Standpunkt hat in überaus klaren Ausführungen bekanntlich Cassel vertreten.

Fragt man sich, ob die Erträge der Reparationssteuern Ueberschüsse der Volkswirtschaft darstellen, so kommt man zu einem negativen Ergebnis. Als Ueberschuß der Volkswirtschaft ist das anzusehen, was sich nach Abzug jener Aufwendungen als Reinertrag ergibt, die notwendig sind, um die Produktivität der Wirtschaft zu erhalten, diejenigen Produktionsverbesserungen vorzunehmen, die nötig sind, um die international wettbewerbsfähig zu erhalten und um diejenigen Produktionserweiterungen vorzunehmen, die dazu dienen, um den Bevölkerungszuwachs zu ernähren, zu behaupten und zu steigern. Um solche Ueberschüsse kann es sich deshalb nicht handeln, weil dann die Auslandskredite etwa auf die Höhe der Devisenreparationszahlungen beschränkt bleiben würde. Das ist bekanntlich nicht der Fall. Der Betrag der Auslandsanleihen geht weiter über diese Posten hinaus, wodurch bewiesen wird, daß die durch die innere Aufbringung der Reparationslasten erfteuerten Gütermengen für den normalen Wirtschaftsbedarf nicht entbehrt werden können, so, daß sie noch nicht einmal ausreichen, daß darüber hinaus neue Gütermengen vom Ausland geliehen werden müssen.

Wirkung der Auslandsanleihen auf die inländische Konjunktur

Um die Wirkung der Auslandsanleihen auf die inländische Konjunktur an einem einfachen Beispiel darzumachen, greifen wir zur folgenden Fiktion: Wir nehmen an, die Reparationslast betrage 2,5 Milliarden und die Aufnahme von Auslandsanleihen 5 Milliarden. 50 Prozent der Auslandsanleihen werde zur Reparationszahlung verwandt und jeder Unternehmer, der Kredite im Ausland aufnimmt, beziehe für 50 Prozent Waren aus dem Ausland und verkaufe 50 Prozent seiner Devisen gegen bar auf dem inländischen Markt. Letzteres veranlaßt folgenden Vorgang: 2,5 Milliarden sind von dem Staat durch Reparationssteuer an sich gezogen und an den Agenten abgeführt worden. Zudem die Unternehmer 2,5 Milliarden Devisen dem Reparationsagenten verkaufen, stellt dieser Ihnen als Gegen-

leistung 2,5 Milliarden aus Mitteln der Reparationssteuern zur Verfügung. Das heißt, der Reparationsagent führt dem inländischen Markt für 2,5 Milliarden Waren (d. h. Kaufkraft) zu, die ihm nicht zugeführt würden, wenn es nötig gewesen wäre, diese 2,5 Milliarden Waren für Rechnung des Reparationsagenten im Ausland zu verkaufen. Würde der Fall eintreten, daß die Auslandskredite ausführen, so würde der Reparationsagent diese Waren dem Markt nicht wieder zur Verfügung stellen können, sondern müßte versuchen, sie zu exportieren. In diesem Fall also würde die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes um die Summe der deutschen Reparationszahlungen verringern. Heute ist das nicht der Fall, und insofern schafft sich Deutschland eine Konjunktur, die auf dem Auslandskredit aufgebaut ist. Falten die Auslandskredite weg, so hört die Konjunktur auf und die Krise ist da. Im Vergleich mit dem, was die Väter des Dawesplanes im Auge hatten, ist die jetzige Konjunktur eine künstliche Konjunktur. Wie sie sich entwickeln würde, wenn die Reparationen wirklich gezahlt werden würden, kann erst niemand bestimmen.

Man weiß heute im Ausland gerne auf die Ersparnisse der deutschen Volkswirtschaft hin. Aber diese Ersparnisse kommen ja nur mit Hilfe jener Auslandskredite zustande, und zwar sowohl derer, die für Reparationszwecke, als derer, die darüber hinaus aufgenommen werden. Man kann leicht Ersparnisse machen, wenn man sich einen Teil des volkswirtschaftlichen Einkommens im Ausland pumpt. Diese Ersparnisse können aber sehr schnell wieder draufgehen, wenn der Pump aufhört. Wer in Bezug auf die deutsche Leistungsfähigkeit mit den heutigen Ersparnissen argumentiert, begeht einen Fehler, zu übersehen, welchen Einfluß die Pumpwirtschaft auf die Sparfähigkeit hat.

Können wir eine Verbesserung der Zahlungsbilanz erzwingen?

Häufig pflegt man so zu argumentieren: Hören die Auslandskredite auf, so müssen wir durch eine geeignete Diskontpolitik unsere Zahlungsbilanz wieder aktiv machen. Die Diskontpolitik muß die Preise senken. Dann wird der Import abnehmen und der Export zunehmen.

Es ist festzustellen, daß die Diskontpolitik nicht so einfach funktioniert. Es ist richtig, daß man mit der Diskontpolitik die Preise senken kann, es ist aber sehr schwierig, mit der Diskontpolitik die Kosten zu senken. Es kommt dabei lediglich auf die Stärke der Organisation der Arbeiterschaft an. Eine gut organisierte Arbeiterschaft hat sehr starke Mittel in der Hand, eine Senkung der Arbeitskosten zu verhindern. Die Politik der Arbeiterschaft kann dahin gehen, lieber Arbeitslosigkeit einstehen zu lassen, als für die Beschäftigung möglichst vieler Arbeiter bei möglichst niedrigen Löhnen einzutreten. Der herrschende Zeitstandpunkt tendiert eindeutig nach dieser Richtung. Das englische Beispiel ist dafür ungemein lehrreich. Der Erfolg einer solchen Politik ist, die Arbeitslosen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zuzuführen. Man kann sich vorstellen, was das für ein an sich schon überlastetes Budget bedeutet. Gleichzeitig wird das Budget durch den Rückgang der Zolleinkommen bei herabgehenden Importziffern getroffen (oben erwähnte Krise). Gleichzeitig durch die sinkenden Steuererträgnisse infolge der wirtschaftlichen Konjunktur. Man beachte ferner, was ein Sinken der Preise ohne gleichzeitiges Sinken der Kosten für die Besitzlosigkeit der Unternehmungen und für ihre Rentabilität bedeutet.

Ebenso zweifelhaft ist aber, ob die Preissenkung im Inland die erwartete Ausfuhrsteigerung zur Folge haben kann. Man stellt es sich gerne so vor, als ob der deutsche Exporteur nur aufzurufen jene Punkte der Weltwirtschaft ins Auge zu fassen brauche, in denen er nach Senkung der Preisdifferenz im Inland konkurrenzfähig wird. Man stellt sich also vor, daß sich in der Weltwirtschaft nichts anderes ändert, als die Höhe des deutschen Preisniveaus. Diese Annahme ist unhaltbar. Aus welchem Grund auch der Kreditstrom nach Deutschland unterbrochen werden mag, es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß er eine allgemeine Krediterschütterung in der Weltwirtschaft sei es zur Folge hat, sei es, daß er selber nur ein Teil dieser allgemeinen Krediterschütterung ist. Nun ist das Charakteristikum der augenblicklichen Lage der Weltwirtschaft dieses, daß sie auf einem ungeheuren Kreditgebäude ruht. Kommt dieses Kreditgebäude ins Wanken, so haben wir eine allgemeine Krisis. In dieser allgemeinen Krisis wird ein Kampf um den Weltmarkt von allen Seiten entbrennen. Nicht nur in Deutschland werden überall werden die Preise sinken. Das Bild der Marktlage wird gar nicht mehr übersichtlich sein. Eine Preisunterbietung ist mit einer Preisunterbietung beantwortet werden. Die Schutzzollendenzen werden neue Nahrung erhalten. Das führt abermals zu Preisabschlägen. Unter solchen Verhältnissen ist es nicht möglich, eine Umstellung vorzunehmen.

Es ist sicher, daß nicht nur eine weltwirtschaftliche, sondern unter allen Umständen auch eine politische Krise eintreten wird. Da sich zunächst die Unsicherheit Deutschlands, wie bisher zu zahlen, herausstellen muß, da zur gleichen Zeit aber die Hauptempfangsländer, vor allem aber Frankreich, mehr als je auf deutsche Zahlungen angewiesen sein werden, so wird man die deutsche Zahlungsunfähigkeit als eine Zahlungsunwilligkeit, als das schuldvolle Versagen der deutschen Wirtschaft deuten.

In dieser Krise wird die deutsche Wirtschaft am bittersten unter Kapitalarmut leiden. Kapital aber wird zu jenen Zwecken bei wechselnrechtlichen Umstellung gerade am notwendigsten gebraucht.

Schließlich aber ist darauf hinzuweisen, daß die Krise ja gar nicht durch die Diskontpolitik ausgelöst zu werden braucht, sondern daß sie sich autonomisch ergeben muß, wenn jene Kaufkraft vom Dawesagenten dem Markt nicht mehr zur Verfügung gestellt wird, die ihm heute mit Hilfe der Auslandsanleihen immer wieder zur Verfügung gestellt werden kann.

Ergebnis

Aus den vorstehenden Ausführungen ergibt sich: Das Reparationsproblem liegt heute noch außerordentlich viel schwieriger, als zurzeit der Aufstellung des Dawesplanes. Es wäre das jener Zeit das Dawesexperiment wirklich zu machen begonnen, so wären die Folgen weit weniger schwerwiegend gewesen, als sie es heute sein müssen, wenn man damals spielte das Kreditproblem und die Folgen einer Unterbrechung oder des Aufhörens des Kreditstromes keine Rolle. Die Sachverständigen hatten ja sogar geglaubt, von Deutschland Kapitalabgaben erwarten zu können. Sie hatten den ungeheuren Kapitalbedarf Deutschlands nicht vorausgesehen. Es würde Deutschland aber heute gezwungen sein, aus eigener Kraft zu zahlen, so würden zu jenen Problemen, die bereits zur Zeit der Dawesverhandlungen existierten, alle jene neu hinzukommen, die sich ergeben aus der Stellung rezeptiver Unterbrechung jener Kreditbeziehungen, die damals nicht bestanden. Gleichwohl liegt die Frage so, daß die ganze Problemstellung sich eine Zeitlang weiter stellen muß, denn der augenblickliche Zustand muß offenbar eines Tages sein Ende finden.

Schlußsitzung der Interparlamentarischen Union

Das Ergebnis der Abstimmungen — Schlußwort Prof. Schücking's

Die Interparlamentarische Union hat am Dienstag den letzten Vollsitzungstag ihrer Berliner Konferenz abgehalten. Es ging dabei nicht ganz so festlich zu, wie bei der glanzvollen Eröffnungssitzung. Zwar ist es schließlich das Schicksal jeder solcher Veranstaltung, vom Vorbereiteten des öffentlichen Interesses allmählich etwas nach hinten zu rücken: aber die völlige Verlassenheit der Schlußsitzung von Zuhörern und das mangelnde Interesse der Delegierten — es war vielleicht nur noch ein Drittel anwesend — dokumentierten doch eine gewisse Ernüchterung, die zu verschweigen unwahr und unklug wäre.

Man hat keine großen, aber doch gewisse Hoffnungen auf diese Konferenz gesetzt. Ehrlicher Wille und Einsicht seien gar nicht bestritten. Aber es fehlte, bei manchem schönen offenen Wort, der mutige Entschluß, die Resolutionen zu Vorboten einer praktischen Besserung zu machen. Man kam im Grunde über die Fragen nicht hinaus, die leider das Lebensklement der meisten Volksvertretungen bilden. Auf dem Gebiet, für das diese Versammlung nach am meisten zuständig war, dem Problem der parlamentarischen Krisis, gelangte man nicht einmal zu Formulierungen, sondern nur zu einer Ausschußüberweisung.

Die letzten Stunden waren eine ermüdende Häufung von Abstimmungen mit langwierigen Ueberfetzungen und häufigen Mißverständnissen. Die Schlußrede Prof. Schückings [illegible] nicht den Geist der Skepsis, der sich nach einiger Berührung mit dieser Atmosphäre aufdrängen mußte.

Große Worte waren eine gewichtige Warnung an die Völker und insbesondere an die Diplomaten, das Friedenswerk anderes als bisher zu betreiben und sich rechtzeitig der Gefahren bewußt zu werden, die — auch auf dieser Konferenz nicht besprochen wurden.

★

Am gestrigen Nachmittag setzte die Interparlamentarische Konferenz die Aussprache über den letzten Punkt der Tagesordnung: „Die Erklärung der Rechte und Pflichten der Staaten" fort. Der Revisionsgedanke wurde von einzelnen Rednern noch stärker unterstrichen. Der Ire

de Valera

sagte: „Wenn jemand auf der Straße überfallen und beraubt worden ist, hat er das Recht, dem Räuber die Beute wieder abzunehmen. Unternimmt man daher die Möglichkeit bestehen, sich gegen ungerechte Friedensverträge zu wehren."

Der Oesterreicher

Dr. Wotawa

verlangte die Einfügung des Begriffes „Volk" statt „Staat" in die Resolution. Das österreichische Volk als ein Teil des deutschen Volkes müsse das Recht der freien Verfügung besitzen. Für die Befriedung Europas sei die Vereinigung des österreichischen mit dem gesamten deutschen Volke notwendig.

Der Nachmittagssitzung brachte der Schwede

Lindhagen,

der schon mehrfach durch eigene selbständige Aktionen die Versammlung und den Rat zum Nachdenken über schwierige Probleme gebracht hat, einen Antrag auf Erweiterung der Resolution um folgenden Absatz ein: „Was oben über die Rechte der Staaten gesagt ist, gilt nicht dann, wenn sich einzelne Völkerteile, die Mutterlande des herrschenden Staates getrennt leben. Das Selbstbestimmungsrecht solcher Völker muß neben den Gleichberechtigungen der Staaten durch internationales Gesetz gesichert werden."

Ein Vertreter der Ukrainer in Polen, **v. Lucki**, verlangte die Einbeziehung eines ukrainischen Staates und beschwerte sich über die Ausbeutung und Unterdrückung seines Volkes durch Sowjetrußland, Polen, Rumänien und Tschechoslowakei.

Der Nordamerikaner

Fitzgerald

brachte Bedenken gegen den Artikel der Entschließung vor, wonach die Gesamtheit der Staaten verpflichtet sein soll, einem mit bewaffneter Macht angegriffenen Staate beizustehen. Er erklärte, daß sich die Vereinigten Staaten einem solchen Zwang nicht unterwerfen könnten.

Von dem Rest der Aussprache seien erwähnt: Eine Kundgebung der Reichstagsabgeordneten Frau Teusch, die im Namen der 17 weiblichen Konferenzdelegierten die Berufschaft der Frauen verkündete, das kommende Geschlecht für den wahren dauernden Völkerfrieden zu erziehen; ein Appell des Franzosen Nogara, als Gegenstück zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes die Verpflichtung zu stabilisieren, daß der Angriff eines Staates auf die Völkergemeinschaft mit allen Mitteln zurückgewiesen wird; schließlich eine Erklärung des Südtirolers

Dr. Tingl,

der folgenden beachtlichen Gedanken vertrat:

Kulturelles Leben ist nur in Gemeinschaft möglich, was je weniger Organisationsmöglichkeiten für solches kulturelles Eigenleben bestehen, je stärker das freie Vereins- und Verbandsleben eingeschränkt wird, desto ungeordneter und gefährlicher werden die unterdrückten Aktionen sich entwickeln, desto größer ist die Gefahr, daß die Führung in die Hände unverantwortlicher Elemente kommt.

Die nunmehr folgenden

Abstimmungen

zogen sich übermäßig lange hin, weil durch die Ueberfetzung und mannigfachen Mißverständnisse viel Zeit verloren ging. Das Statut über „Rechte und Pflichten der Staaten" wurde im Endeffekt mit einigen Zusätzen angenommen, nachdem ein Ueberweisungsantrag mit 130 gegen 91 Stimmen abgelehnt worden war. Die deutschen Delegierten hatten hierbei zerspltitert gestimmt. Unter den Zusätzen befindet sich ein Antrag Helle-Deutschland, der die Kommission beauftragt, Richtlinien auszuarbeiten, die die territoriale Unabhängigkeit territorialer Verschiebungen maßgebend sein sollen.

Angenommen wurde gleichfalls die vom Mai-Kongreß übernommene Entschließung „Zum Schutze des parlamentarischen Regimes", die ein Kompromiß gegenüber der äußersten Protestentschließung darstellt. Der entsprechende Antrag wurde mit 59 gegen 45 Stimmen angenommen.

Der Interparlamentarische Rat wurde durch Zuruf wiedergewählt; Deutschland ist durch Professor Schücking und Reichstagspräsident Löbe vertreten.

Prof. Schücking

schloß die Sitzung mit einer längeren Rede, in der er einen Rückblick auf die Arbeiten der Konferenz gab und besonders folgende Punkte hervorhob: Die Klagen der nationalen Minderheiten; die ungelöste Krisis des parlamentarischen Systems; die Gefahr einer Eroberung, wenn nicht die Staaten rechtzeitig sich auf ihre eigentliche Pflichten besinnen. Er sagte:

„Die kommunistische Revolution Rußlands sollte zu denken geben. Wenn Sie den Massen sagen, die Verteilung der Güter kann auch nicht helfen, weil nicht genug Güter in der Welt vorhanden sind, um jedem das menschenwürdige Existenz zu ermöglichen, so werden sie antworten: Wenn ihr es nicht fertig bringt, ein neues System der Staatsbeziehungen aufzurichten, wenn ihr nicht wie wir Millionen und Millionen für Mordinstrumente ausgebt, statt den Armen und Elenden dieser Welt zu helfen, so ist eure Stunde abgelaufen, so werden wir mit Gewalt euren Staat und eure Wirtschaft zertrümmern.

Ich glaube, unter so bedrohlichen Zeichen haben alle Nationen Veranlassung, sich einen ganz anderen Begriff von nationaler Ehre zu schaffen und zu folgendem Bewußtsein vorzudringen, daß sie nicht in dem Vorhandensein von Panzern und Bataillonen besteht, sondern darin, daß sie zunächst einmal im Vaterlande jeder satisfeten tun. Deshalb muß der Ausbau der internationalen Rechtsordnung ein ganz anderes Tempo einschlagen als bisher." (Beifall.)

★

Den Dank der Konferenz an den Präsidenten und an die deutsche Delegation sprach der ehemalige norwegische Staatsminister Lyke aus. Dann erklärte der Vorsitzende Schücking die 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union für geschlossen.

★

Zwischen deutschen und polnischen Abgeordneten haben aus Anlaß der Interparlamentarischen Konferenz Besprechungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag und andere Fragen des deutsch-polnischen Verhältnisses stattgefunden. Diese Besprechungen standen unter Leitung des Reichstagspräsidenten u. a. die Abg. Ulitzka (Zentr.), Dr. Reichert (D.Nat.) und v. Lindeiner-Wildau (D.Nat.). In einem über die Besprechungen herausgegebenen Kommuniqué heißt es:

„Es wurde die Möglichkeit der Fortsetzung eines unmittelbaren Kontaktes der Parlamentarier beider Staaten in Aussicht genommen. Auf beiden Seiten wurde es dankbar empfunden, daß diese Aussprache stattfinden konnte".

Schwarzweißrot neben Schwarzrotgold

Patentlösung der Flaggenfrage in München

ku. **München**, 28. 8. (Eigenbericht)

Die bevorstehende Grundsteinlegung für den Bibliotheksbau des Deutschen Museums in München gab im Stadtrat neuerdings Anlaß zu einer ausgiebigen Flaggendebatte. Im Verfassungstag waren dekanntlich die städtischen Gebäude in München auf Grund eines Stadtratsbeschlusses überhaupt nicht beflaggt. Die Sozialdemokraten hatten nun beantragt, am Tage der Grundsteinlegung die städtischen Gebäude in den Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold, sowie in den Landesfarben Weiß-Blau und vom Stadtfarben Schwarz-Gelb zu beflaggen. Oberbürgermeister Scharnagl führte u. a. aus, es müsse die Flaggenfrage endlich einmal unter Würdigung der bestehenden faktischen Verhältnisse verhandelt werden, wobei jedoch auch die Gefühle derer, die am alten Reich mit seiner Macht und Herrlichkeit festhängen, zu berücksichtigen seien, und beantragte, neben den neuen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold auch die alten Farben Schwarz-Weiß-Rot zu hissen. Nach kurzer Debatte wurden sowohl der sozialdemokratische Antrag als auch der Antrag des Oberbürgermeisters von der Mehrheit des Stadtrats angenommen. Nach diesem Beschluß werden nun die städtischen Gebäude in München bei der Grundsteinlegung für den Bibliotheksbau des Deutschen Museums zum ersten Male die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold tragen, daneben jedoch auch die alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot sowie die Landes- und die Stadtfarben, so daß damit der Münchener Stadtrat allen Wünschen und Anschauungen gerecht wird.

Kommunisten attackieren Polizei

Gestern abend um 7 Uhr hatten sich die Kommunisten zu einer Demonstration aus den Reichsbannern und das Panzerschiff auf dem Brunnenplatz versammelt. Schon beim Abmarsch kam es zu Zusammenstößen, so daß die Polizei wiederholt eingreifen mußte. Der Zug bewegte sich durch die breite Straße über den Rettelbrücklein zum Weddingplatz. Wegen Widersetzlichkeit gegen Anordnungen der Polizeibeamten und nach einem tätlichen Angriff auf einen der Beamten wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Auf dem Rückzug des Zuges über Reinickendorfer Ecke Gotzkowsky-Straße mußten die Beamten nochmals einige Schreier festnehmen. Etwa 200—300 Kommunisten stürzten sich nun auf das Auto der Polizei, hielten einen Verhafteten an Armen und Beinen fest, suchten ihn von den Beamten endlich in dem Auto zu Sicherheit gebracht war, wieder herunterzuholen. Das Fahrzeug mußte in schneller Fahrt den Schupo-Posten verlassen, um die Verhafteten zur nächsten Wache zu bringen, und kehrte dann zurück. Insgesamt wurden etwa 6—7 Verhaftungen vorgenommen.

Das Hochverratsverfahren gegen Becher eingestellt

Leipzig, 28. 8.

Gegen den Dichter Johannes R. Becher in Berlin war vom Oberreichsanwalt wegen seiner Gedichte „Leninlied" und sonstiger in den Schriften des Hochverratsverfahren eingeleitet worden. Der Ferienstrafsenat hat auf Grund des Amnestiegesetzes die Einstellung des Verfahrens verfügt.

Staatswissenschaftliche Fortbildung

Beginn des Ferienkursus in Bad Reichenhall

ku. München, 28. 8. (Eigenbericht)

Die Deutsche Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung, hält, wie gemeldet, ihre diesjährige Herbsttagung, verbunden mit einem dreiwöchigen Fortbildungskursus, zum ersten Male in Bayern, und zwar in Bad Reichenhall ab. Der Kursus wurde unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Schmitch in Anwesenheit von etwa 500 Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs eröffnet. Die Bayerische Staatsregierung hatte zur besonderen Begrüßung den Justizminister Dr. Gürtner und den Innenminister Dr. Stützel zur Eröffnung des Kursus abgeordnet.

Schon Staatsminister a. D. Schmitch hatte bei seinem Begrüßungsgruß an die Gäste bei Bayernlandes, auf die Bodenständigkeit seiner Bevölkerung und auf die Nähe des Tagungsortes zum befreundeten Oesterreich hingewiesen und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß aus dieser Eigenart des Tagungsortes heraus sich für den Kursus besondere Anregungen ergeben möchten. Das gab dem bayerischen Innenminister Dr. Stützel, der auch die Grüße des bayerischen Ministerpräsidenten überbrachte, Anlaß, außer seinen besten Wünschen für einen fruchtbringenden Verlauf der Tagung in diesem schönsten Fleck des bayerischen Landes, auch noch den Wunsch der Bayerischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, es möchte sich durch die Tagung recht viele persönliche Verbindungen und Fäden zu dem Lande knüpfen, in dem die Tagung in diesem Jahre zum ersten Male stattfindet.

Wetterbericht vom 28. August

(Nachdruck verboten)

Oeffentliche Wetterdienststelle Berlin

Eine Störung, die am Montag abend noch über England lag, ist inzwischen weiter nach Osten gezogen und liegt am Dienstag abend in Westpolen. Sie brachte bei ihrem Vorübergang teilweise kräftige Regenschauer, aber nur eine geringfügige Abkühlung. Da jetzt im Westen keine neuen Störungen sichtbar sind, wird bei uns, zumal fast auf dem ganzen Kontinent Luftdruckanstieg eintritt, eine allmähliche Beruhigung des Wetters eintreten. Nur vereinzelt werden noch leichte Regenschauer eintreten.

Wettervorsichtsfür Berlin und weitere Umgegend.

Allmähliche Beruhigung des Wetters, aber etwas kühler. Nur noch vereinzelt leichte Regenschauer.

Allgemeine Wettervorsichtsfür Mittwoch.

Ueberall langsame Wetterbesserung. Im Norden noch strichweise leichte Regenschauer.

28.Aug.1928,abds.
H
T
H
H
T
H
T
H
T

Das Juristengutachten über die Aktienreform

Eine gründliche Arbeit. — Das Ergebnis: Ein Kompromiß. — Fortschritt mit Maßen.

Im Auszuge wird jetzt das Gutachten bekannt, das der vor zwei Jahren auf einer Resolution des Kölner Juristentages gefällte Aktienausschuß verfaßt hat. Der Bericht ist knapp gehalten und läuft auf ein sorgfältig abgewogenes Kompromiß zwischen reformbremsenden und fortschrittlichen Tendenzen hinaus. Es wird freilich noch vieler Ueberlegungen und eines längeren Zeitraumes bedürfen, bevor auf seiner Grundlage ein praktisches gesetzgeberisches Ergebnis entstehen wird. Schließlich handelt es sich ja bei dem vorliegenden Problem bei weitem nicht um eine Umgestaltung, teils auch Wiederherstellung eines gesunden aber wichtigen Rechtsgebietes, und zwar auf Grund von Erfahrungen, die in 44 Jahren — die letzte Reform des Aktienrechts datiert seit 1884 — gesammelt worden sind.

Seitdem ist vieles anders geworden. Die Konzernationsbewegung hat die Gesellschaftsmänner verschiedenartig beschäftigt: die Probleme des Konzerns und der Interessengemeinschaft sind damit aufgetauscht, tun in der Inflationszeit zu Ueberfremdungsversuchen, zu aktienmäßigen Gegenmitteln gegen diese Ueberfremdung und zum Mißbrauch dieser Gegenmittel durch Verwaltungen. Das Wachstum der Gesellschaftsvermögen ist höherer Anforderungen an die Publizität. Das Fehlen gewisser Aktientypen, die in anderen Ländern durch das Gesetz vorgesehen sind, wird als unangenehm empfunden. Hinsichtlich der Vorzugsaktien besteht eine erhebliche Rechtsunsicherheit, und im einen liegt infolgedessen auch eine Quelle besonders unschöner Mißbräuche. Daneben hat sich als besonders schädlich die durch Zwangsgrund bekämpfbare Möglichkeit erwiesen, daß Aktionäre, deren Interessen gleichgerichtet außerhalb der Gesellschaft liegt, oder deren Interessen sogar mit denen der Gesellschaft kollidieren, im Sinne der Forderung dieser gesellschaftlichen Interessen ihr Stimmrecht ausüben können. All diese Probleme, die den Leuten der DAZ nicht fremd sind, werden durch das Juristengutachten erneut zur Diskussion gestellt.

Die Kommission hatte bekanntlich ihren Vorsitzenden in Rechtsanwalt Dr. Hashenburg-Mannheim. Stellvertreter ist Geh. Justizrat Dr. Heintz. Ausserdem gehören ihr folgende 12 Persönlichkeiten an: Oberstaatsanwaltspräsident Dr. Durit-Lüneburg, Prof. Dr. Fleckheim-Berlin, Prof. Dr. Geiler-Mannheim, Prof. Dr. Hiesiek-Gießen, Amtsgerichtsrat Dr. Goldschmidt-Hamburg, Geheimrat Prof. Dr. Heymann-Berlin, Rechtsanwalt Dr. Julius Lehmann-Frankfurt, Prof. Dr. Nussbaum, Justizrat Dr. Albert Pick, Geh. Justizrat Prof. Dr. Riesser, Geh. Oberjustizrat Dr. Bing, Prof. Dr. Schmalenbach-Köln, Prof. Dr. Georg Wimpfheimer-Berlin, Bankdirektor Dr. Ernst v. Simson und Rechtsanwalt Dr. Wolff-Berlin. Ferner wurde für die Fragen der Bilanz und der Publizität noch Dr. Max Lion-Berlin hinzugezogen.

Von den einzelnen Gebieten ihrer Ueberlegungen bezeichnet die Kommission die Grundsatzbestimmungen des Aktienrechts als Was die Kapitalbeschaffung angeht, so wird die Einführung der in Amerika und Belgien zulässigen Quotenaktie in Deutschland nicht empfohlen, offenbar wegen der Möglichkeit, mit ihrer Hilfe zu der Unterpariemission zu gelangen, an deren Unzulässigkeit die Kommission absolut festhalten möchte. Die Mindeststückelung der Aktien mit RM 100 wird gebilligt. Hinsichtlich der Optionsaktien soll die Rechtslage insofern geändert werden, daß die Generalversammlung das Recht erhalten soll, mit 3/4-Mehrheit eine Kapitalerhöhung aus Mitteln der Gesellschaft zu beschliessen, dass Dritten ein Bezugsrecht eingeräumt und die Kapitalerhöhung erst in dem Zeitpunkt nach zur Inscrwolt zur Durchführung gelangen soll, als die Bezugsberechtigten von ihrem Rechte Gebrauch machen. Die jährlichen Bezugsrechtsgrenzen solcher beschlossenen Optionsaktien sollen meldepflichtig dem Registergericht gegenüber und ferner im Geschäftsbericht mitzuteilen sein. Die Kommission empfiehlt ferner, nach angelsächsischem Vorbild die

Schaffung stimmrechtsloser Vorzugsaktien

zuzulassen. Das Motiv ist hier offenbar, Fremde Kapitalisten heranziehen zu können, ohne ihr Eindringen aus Ueberfremdungsgelüsten befürchten zu müssen. Für diese Aktien soll eine Stückelung bis zu 20 RM herunter ermöglicht werden; man betrachtet sie demnach als eine gegebene Anlage für kleine Kapitalisten.

Auf dem Gebiet der Vorzugsaktien schlägt die Kommission einige bedeutsame Reformen vor. Sie sollen an sich zulässig bleiben, da sie sich als geeignet zur Vorbereitung gesellschaftlicher und finanzieller Anknüpfungen bewährt hätten. Ihr Charakter soll aber dahin geändert werden, daß sie künftig dem

autorisierten Kapital

entsprechen, das in den meisten ausländischen Aktiengesetzen vorgesehen ist. Sie würden also nach den Vorschlägen der Kommission das Stimmrecht und das Bezugsrecht verlieren, müssten ferner in der Bilanz oder im Geschäftsbericht kenntlich gemacht werden. Eine besondere Bestimmungsmöglichkeit über die Verwertung will man nicht vorschreiben.

Die Kommission hat weiter die Frage geprüft, ob es gesetzgeberische Mittel gegen unberechtigte Bezugsrechtsentziehungen gebe und hat hier zu einem negativen Ergebnis gekommen. Eine Handhabe wird darin gesehen, dass ein solcher Ausschluss vielfach unlautere Handlungsweise, also ein verfolgbares Vergehen der Mehrheit der Verwaltungsmitglieder haben wird. Als wertvoll wird die Bestimmung angesehen, wonach ein echter Bezugsrechtsausfluss zwei Wochen vor dem Tage der Generalversammlung ankündigt werden müsse. Es wurde also eine Frist zur Mobilisierung der Oeffentlichkeit bleiben.

Weiter wird empfohlen, dem Aufsichtsrat die Möglichkeit zu geben, sich von der Haftung durch Uebertragung der Rechnungsprüfung an sachverständige Organe insoweit zu befreien, als er dann nur noch für die Auswahl der Rechnungsprüfer haften soll. Eine obligatorische Bilanzprüfung durch Revisoren wird von der Mehrheit des Ausschusses abgelehnt.

Besonders große Kopfschmerzen scheint der Kommission die Frage der Stimmrechtsaktien verursacht zu haben, — wohl eine Nachwirkung der Tatsache, dass die Aktiendebatte seinerzeit an diesem Punkt eingesetzt und sich am meisten erhitzt hat, obwohl hier ein Problem vorliegt, das im Gesamtrahmen der Aktienfragen als weniger wichtig erscheint. Man hat hier offenbar den in der Tat schwierigen Ausweg zwischen den Gesichtspunkt, dass eine Verwaltung sich nicht als unabsetzbar empfinden darf, und dem andern Gesichtspunkt, dass sie gegen Zufallsmehrheiten geschützt sein muss, noch nicht gefunden. Als praktischer Vorschlag ist die Bindung der Stimmrechtsbeschränkung an eine 3/4-Mehrheit hervorzuheben, ferner die Bestimmung, dass sie nach Ablauf von 5 Jahren nach ihrer Entstehung mit gleicher Mehrheit eingezogen werden können. Alle sonstigen, häufig erörterten Vorschläge auf Schaffung gewisser Stimmrechtsgrenzen wurden verworfen. Völlige Abschaffung hat niemand in der Kommission beantragt.

Der interessanteste Vorschlag liegt vielleicht in der Empfehlung, folgende

Generalklausel

in das Aktienrecht hereinzunehmen:

„Die Ausübung des Stimmrechts ist unzulässig, wenn der Aktionär durch diese, unter Verletzung der offenbaren Interessen der Gesellschaft gesellschaftsfremde Sonderzwecke für sich oder einen Dritten verfolgt. Der Abstimmende haftet der Gesellschaft gegenüber für den daraus entstehenden Schaden, soweit ihm dabei Vorsatz zur Last fällt. Auf die Ansprüche der Gesellschaft findet § 268 I Anwendung, wonach eine Minderheit von einem Zehntel die Geltendmachung verlangen kann."

Die Kommission hat ferner die Sicherung gesellschaftsfremder Sondervorteile sowohl seitens der Majorität wie seitens der Minorität ausschlossen und vor allem die Maßnahmen zu beschliessen, dass Dritten ein Bezugsrecht eingeräumt und die Kapitalerhöhung erst in dem Zeitpunkt nach zur inscrwolt zur Durchführung gelangen soll, als die Bezugsberechtigten von ihrem Rechte Gebrauch machen. Die jährlichen Bezugsgrenzen solcher beschlossenen Optionsaktien sollen meldepflichtig dem Registergericht gegenüber und ferner im Geschäftsbericht mitzuteilen sein. Die Kommission empfiehlt ferner, nach angelsächsischem Vorbild die

Schaffung stimmrechtsloser Vorzugsaktien

zuzulassen. Das Motiv ist hier offenbar, fremde Kapitalisten heranziehen zu können, ohne ihr Eindringen aus Ueberfremdungsgelüsten befürchten zu müssen. Für diese Aktien soll eine Stückelung bis zu 20 RM herunter ermöglicht werden; man betrachtet

Publizitätsvorschriften

erfolgt mit Ausnahme der bereits erwähnten Nachweisung der Vorratsaktien. Doch wird ein weiteres Mass von Publizität als durchweg möglich und nützlich bezeichnet.

Die Kommission hat ferner bei dem Juristengutachten um eine sorgfältige und lobenswerte Arbeit, deren einziger Fehler ihre Kompromißartigkeit wird, deren Wert als Grundlage für die Aktienreform nicht sonderlich beeinträchtigt, zumal diesem Fehler der Vorteil gegenübersteht, dass sich für eine Reform in gemässigtem Rahmen auch die den Verwaltungen grosser Gesellschaften abgeneigten oder unentschlossenen Persönlichkeiten einsetzen.

Das Gutachten bedeutet jedenfalls einen Erfolg der Reformfreunde, mit dem vor zwei Jahren, als das Thema vor dem Forum des Kölner Juristentages öffentlich behandelt wurde, nicht zu rechnen war. P. N.

Weiter stilles Geschäft auf der Leipziger Messe. Leipzig, 28. August. Mittwoch, dienstag seitigte keinesweg Merkmale für eine entscheidende Beurteilung des Messegeschäftes. Im allgemeinen aber ist es ruhig. Ausser mit grosser Vorsicht der dringende Bedarf an traditionell gewordenen Messeartikeln gesucht wird und das dabei die qualitativ höher stehenden und deshalb kostspieligen Stücke weniger Beachtung finden. Ware für den glatten Verkauf. In erster Linie erfolgen Käufe im Hinblick auf Weihnachten. Ferner wird von der Porzellanindustrie, der Handel beteiligt sich nicht einmal an den durch den Gütern an Erfolg von Propagandamassnahmen gebeiteten grossnutzigen Propagandamassnahmen. Gefragt waren nur einige neue Dekors, aber gerade das billigere Gebrauchsporzellan fand betrübend geringes Beachtung. Kunstporzellan und Porzellanartikel aus Gebrauchskeramik und Steingut fanden bessere Beachtung. Die Stahlwarenindustrie hat ebenfalls die Hoffnung auf Geschäftsbelebung aufgeben müssen. Bessere Stimmung herrscht dagegen bei Spielwaren, von denen auch teuere Stücke namentlich auch von Auslande, genommen wurden. An der Kartonnagenmesse herrscht Stille. Auf der Technischen und Buchmesse sind mehr geschäftsvorbereitende Verhandlungen als Abschlüsse zu verzeichnen. Allerdings ist hier einsaftigen, dass die für die Baumesse sowohl wie für die Technische Messe bestimmte eine wesentliche Verkehrsbelebung bringen können. Alles in allem. Der stille Charakter der Messe wird eigen ist, ist dieses Jahr wohl über das Hergebrachte hinaus betont.

Zur Denkschrift Über die geplante Postsparkasse

Die Denkschrift der Reichspostverwaltung über die geplante Errichtung einer Reichspostsparkasse wird, wie kurz gemeldet, demnächst dem Verwaltungsrat zugeleitet werden. Die „D. Sparkassenzeitung" führt dazu aus, dass der Plan der Errichtung einer Postsparkasse in der Bevölkerung allgemein abgelehnt wurde. Immerhin könne man es begrüßen, dass die Pläne der Postverwaltung so wenig Aussicht auf praktische Verwirklichung als hätten, in der Denkschrift jetzt eine ausführliche Formulierung gefunden hätten. Es sei noch nicht bekannt, wann die Denkschrift der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Das Blatt schliesst sich dann den Ausführungen an, die vor einigen Wochen auf der diesjährigen Tagung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Mainz zu dieser Frage gemacht wurde. Auf dieser Tagung wurde erklärt, dass die stattliche Anzahl von Genossenschaften und öffentlichen Kassen, die das ganze Reich mit einem dichten Netz überziehen, die angeblich vorhandene Lücke im Kreditversorgungsnetz vollkommen ausfülle. Unter den 40 000 ländlichen Genossenschaften, von denen über 22 000 auf Kreditgenossenschaften entfallen, befassen sich viele auch mit der Entgegennahme von Spargeldern. Neben diesen ländlichen Genossenschaften bestehen noch 1570 Kreditgenossenschaften für den städtischen Mittelstand, Handwerk, Gewerbe, sowie 1500 Konsumgenossenschaften mit bedeutenden Spareinlagen und etwa 3000 öffentliche Sparkassen mit 11 000 Schalterstellen. Es sei also in Deutschland weitestgehend Spargelegenheit vorhanden.

Während die Genossenschaften ebenso wie die Sparkassen die Gelder tatsächlich den Kreisen wieder zuführen, denen die entstammen, wurde die Postsparkasse diese nur sammeln und die irgendwo gegen Zentralisierung Bedenkenfalls wieder nur der kleinste Teil der Einlagen etwa des Landes wieder dem Lande zugute kommen, aber wesentlich vertiefen durch eine weitere Zwischenstelle, bzw. den weiten Umweg über eine Zentrale in Berlin oder anderswo. Durch die Erfahrungen, die in dieser Beziehung gemacht wurden, ist es für die Länder, namentlich die südlichen und südwestdeutschen, dringend geboten, einer weiteren Konzentrierung in Berlin entgegenzuwirken. Die Pflege des Personalkredits für den kleinen Mann und den Mittelstand könne die Postsparkasse ebenso wenig übernehmen, wie die Gewährung von Realkrediten, die bauptsächlich die Landwirtschaft schwerlich pflegen. Zusammengefasst wurde auf jener Tagung namens der landwirtschaftlichen Genossenschaften erklärt, dass genügend Spargelegenheiten in Deutschland vorhanden seien, dass die Postsparkasse dem Lande das Geld entziehe und dieses so der ländlichen Bevölkerung vielfach verlorengehen müsse, dass die Postsparkasse zur eine vertiefende Zwischenstelle zwischen Spareinlegern und Geldbedürftigen bilden wird und zum letzten, dass die Postsparkasse eine Zerspltterung in die ländliche Geldbewegung bringen und die Tätigkeit der anderen Geldinstitute stören müsste. Die Genossenschaften lehnen deshalb den geplanten Eingriff auf das Schärfste. Diesem Standpunkt schliessen sich die Sparkassen erneut an.

Rationalisierungs - Massnahmen bei Schokoladenkonzerns. Die „Deutsche Schokoladenzeitung" meldet, dass die Schokoladefabrikation des Schiefer-Konzerns auf das Reichsdeutsche Werk konzentriert werden soll und dass im Zusammenhang damit die Fabrikanlagen Hauswald und Gaedke völlig eingestellt werden sollen. Die beiden genannten Gesellschaften werden nach dem Abschluss der Transaktion innerhalb des Konzerns nur noch als Vertriebsgesellschaften bestehen bleiben. Da bekanntlich die Bedeutung der Firma Hauswald fabrikatorisch und vertriebsmässig sehr viel mit Fassender ist als die von Gaedke, ist zu nahelegend, dass die Zentrale des Massenvertriebes im einen guten Teil in Magdeburg liegen wird. Ueber den Zeitpunkt, an dem die organisatorischen Vorbereitungen abgeschlossen sein werden, ist noch nichts Näheres bekannt, doch wird bereits im Laufe dieses Jahres mit der Aufnahme des Vertriebs zu rechnen sein. Der Grossindustrielle Schiefer besitzt vor allem als grossnütziger Organisator auf dem Gebiet der Reklame und des Vertriebs grosse Erfahrungen. Es wird sich fürst vor allem um die Propagierung eines billigeren Massenfabrikates, das heißt hier, einer zweiten Marke handeln. Dass mit der Verwirklichung dieses Planes die Konventionsbestrebungen in der Schokoladenindustrie, die ja vor allem bei den Firmen der billigeren Massenfabrikation sich schwierig gestalten, nicht gerade gefördert werden, ist naheliegend.

Amerikanische Förderung für die Putilow-Werke

Moskau, 28. 8. (Eigenbericht)

Bekanntlich sollen die Putilow-Werke in neuen Wirtschaftsjahr 1928/29 in der Richtung des Traktorenbaus erheblich ausgebaut werden. Die Vorbereitungen für die Errichtung einer besonderen Traktorenwerkstätte nach modernstem Muster sind bereits eingeleitet worden. Mit den in Moskau weilenden Vertretern amerikanischer Firmen sind gegenwärtig die Verhandlungen über die Auswertung der amerikanischen Erfahrungen abgeschlossen worden. Es ist ein Abkommen getroffen worden, nach welchem der Direktor der Putilow-Werke Gratschoff, der Leiter der Traktorenwerkstätte Ingenieur Iwanow sowie einige technische Mitarbeiter sich nach den Vereinigten Staaten begeben, um dort die Produktionsverhältnisse auf dem Gebiet des Traktorenbaues und verwandter Zweige zu studieren. Gleichzeitig soll das von russischen Ingenieuren verfasste Projekt für den Ausbau der Traktorenfabrik amerikanischen Sachverständigen vorgelegt werden.

Der Schiergenauftrag der Reichsbahn. Zu dem Schienenauftrag der Reichsbahn an den Stahlwerksverband ist noch zu bemerken, dass es sich dabei um die Deckung des fortlaufenden Bedarfs der Reichsbahn handelt, der für bestimmte Zeitabschnitte, meistens ein Jahr, festgelegt wird. Für das etwaige Zustandekommen ein Optionsrecht zu vereinbarten Preisen eingeräumt.

Weitere Einschränkung bei der I. P. Bemberg AG in Barmen. Die Kunstseidenspinnerei der I. P. Bemberg in Barmen-Rittershausen und Barmen-Oehde sind neuerdings von der Barmer Stadtverwaltung wegen einer Wasserersparnis aufgefordert worden. In wird infolgedessen von nächster Woche ab die Arbeitszeit auf vier Tage, in einigen Abteilungen sogar auf 3½ Tage in der Woche herabgesetzt, obwohl der Auftragsbestand sehr gross ist.

Finanzierungsgesellschaft für Landkraftmaschinen AG. Berlin. Dividendenlosen Abschluss. Der Abschluss dieses unter massgebender Beteiligung der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft AG, der Deutschen Girozentrale, der Preussenkasse und der Grosbanken begründeten Finanzierungsinstituts für den Absatz von Landmaschinen wurde gegenüber dem Vorjahr, das das erste Geschäftsjahr war, eine beträchtliche Erweiterung des Geschäfts und seiner Ergebnisse auf. Die Gewinn- und Verlustrechnung für den 30. Juni 1928 verzeichnet Zinseinnahmen von 1 772 558 RM gegenüber nur 226 899 RM. V. Anderseits betrug die Zinslast 1 145 057 (59 703 RM einschliesslich der Zinsen, Provisionen und Spesen mit 11 611 RM). Die Handlungsunkosten stellten sich auf 338 584 Reichsmark und die Steuerausgaben auf 123 687 RM (1. V. beide Posten zusammen 194 035 RM). Nach Abschreibungen von 40 664 (0) RM verbleibt nach Tilgung des aus dem Vorjahr übernommenen Verlustes von 26 410 RM weiter ein Reingewinn von 88 854 Reichsmark, aus dem der Reserve erstmalig 80 000 Reichsmark zugeführt werden. Das Aktienkapital von 2 Mill. RM bleibt somit noch ohne Dividende. Die Wechselobligationen der Landwirtschaftlichen sind, wenn auch manchmal verzögert, stets erfolgt, so dass eine Bainspruchnahme der Kreditversicherung bis keines Falls erforderlich war. Die zunehmende Grösse des Wechselportefeuilles — zu Beginn des Geschäftsjahres betrug der Wechselbestand 6,8 Mill. Reichsmark und stieg bis zum 30. Juni einschliesslich der begebenen auf 25 Mill. RM — stellte zwar grosse Anforderungen, konnte jedoch durch Geldbeschaffung bei den Gründerbanken ausgeglichen werden. Zu dem Wechselbestand von 25 543 412 RM (1. V. 6 850 233 RM) bemerkt die Verwaltung, dass im Laufe des Berichtsjahres 24 985 144 RM neu hereingenommen wurden, andererseits 7 095 968 RM eingelöst und 4 139 591 Reichsmark begeben werden konnten. Seit Beginn der Gesellschaft sind von der Landwirtschaft über die angeschlossenen Firmen 32 657 498 RM zum Teil bereits eingelöst worden. Anderseits erscheinen 11 694 512 RM Akzepte (1. V. 2 500 000 RM zunächst 1 054 875 RM Bankverbindlichkeiten ferner 5 267 950 RM Kreditoren, wobei nicht ersichtlich ist, welchen Anteil die Bankschulden (1. V. 777 092 RM) und die übrigen Kreditoren (573 096 RM) ausmachen.

Zur Kapitalerhöhung der Lorenz AG. Aus der zumeist veröffentlichten Tagesordnung zur Generalversammlung der C. Lorenz AG, Berlin-Tempelhof, geht hervor, dass von den 2 550 000 RM, um die das Aktienkapital ausser den bereits bekannten der W. Gerlit G. m. b. H., Berlin, verwandten 500 000 RM Aktien erhöht wird, nur 2 324 000 RM zum Bezuge angeboten werden, während die restlichen 206 000 RM zur Verfügung der Verwaltung bleiben.

Die Beschäftigungslage im Kahla-Konzern. Wie wir von unterrichteter Seite hören, kann bei der Porzellanfabrik Kahla AG der bisherige Verlauf des am 1. Januar 1928 begonnenen Geschäftsjahres als nicht unzufrieden bezeichnet werden. Die Beschäftigung in Elektroporzellan sei recht gut. Ihr liegen die Verhältnisse besser als bei Geschirrporzellan. In dieser Sparte wird die weitere Beschäftigung Anzeigen der Leipziger Messe sowie von der Frage abhängen, inwieweit der Herbst, der in der Regel vom Spätsommer-Oktober ab in der Branche ein Anziehen des Geschäfts bringt, auch diesmal an einer Besserung führen. Die Exportaktivität von Kahla nimmt, wie uns noch angegeben wird, einen normalen Verlauf (Dividende für 1927 7% auf das dividendenberechtigte Kapital von 7,55 Mill. Reichsmark). Inwieweit sich bekanntlich in diesem Monat die Erhöhung des Aktienkapitals von 9 auf 12 Mill. RM beschlossen worden).

Eisengießerei und Schlossfabrik Selbert in Velbert. Der Maschinenpark der seit einigen Wochen in Liquidation befindlichen Eisengießerei und Schlossfabrik Selbert in Velbert, ferner der Maschinenpark der Maschinen-Handelsfirma Rosenau AG kauftlich übernommen worden, und zwar zu einem Preis von annähernd 80 000 RM. Wegen der Abtretung der Gebäude und Grundstücke schweben noch Verhandlungen.

Der Riebeck-Abschluss

Die Riebeckische Montan-Werke AG in Halle legt den Bericht für das am 31. März 1928 abgelaufene Geschäftsjahr vor. Nach erfolgter Abrechnung mit der I. G. Farbenindustrie ergibt sich einschliesslich des Vortrags von 404 329 Reichsmark ein Gesamtrohertrag von insgesamt 4 254 462 (3 986 043) Reichsmark, aus dem, wie bereits gemeldet, gemäss Interessengemeinschaftsvertrag eine Dividende von 7,2% (gegen 6% i. V.) auf die Stammaktien zur Verteilung kommen soll. Der nach Ueberweisung von 193 905 (179 085) RM an die Reserve sowie von 84 210 (62 631) RM für satzungsmässige Tantieme des Aufsichtsrats verbleibende Rest von 404 526 (unv.) wird vorgetragen. Die Förderung und Produktion, wie auch der Absatz an Kohle und Briketts seien mengenmässig höher gewesen als im Vorjahre. Die durch den Streik im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau verursachten Ausfälle in der Förderung und Produktion seien in der Folgezeit wieder ersetzt worden. Infolge der Erhöhung der Löhne und Gehälter um 11,5% nachdem schon vorher der 1. Juli eine Arbeitszeitverkürzung gebracht hat, haben sich aber die Arbeitskosten weiter nach oben bewegt, ohne dass eine Erhöhung der Erlöse gegenüberstand. Leider habe sich auch auf dem Markt der chemischen Erzeugnisse infolge der Ueberproduktion und der ausländischen Konkurrenz die Preisbewegung nach unten eingestellt. Die Gesellschaft hat sich in der Verarbeitung fremder Teere Zurückhaltung auferlegt und den Betrieb der Mineralölfabrik Dollnitz wegen Unrentabilität eingestellt, nachdem schon vorher der Betrieb der Schwelerei Gottloh bei Thersten stillgelegt worden war. In Verfolg der Rationalisierung ist die Tiefbaugrube Margarethe stillgelegt und ferner die Schachtförderanlage auf den Gruben Kaiserhall und Marie eingestellt worden.

Im Berichtsjahr sind 7 159 227 t Kohle gegen 6 710 601 t i. V. gefördert worden. Die Briketthersstellung erhöhte sich von 1 565 377 t i. V. auf 1 587 957 t im Berichtsjahr. Für die Neuanlagen sind im Geschäftsjahr 1927/28 insgesamt 19 800 225 Reichsmark aufgewendet worden. Die Abschreibungen auf Anlagewerte haben sich von 3 129 062 Reichsmark im Jahre 1926/27 auf 4 376 966 RM im Geschäftsjahr 1927/28 erhöht. Die Erhöhung ist einerseits durch Abschreibung von eingestellten Betrieben und andererseits durch die Neuinvestitionen bedingt.

In laufenden Geschäftsjahr war der Absatz vor allem an Briketts bisher sehr gut. Die Erlöse waren aber für alle Produkte weiter zurückend.

Hedwigshütte Anthracit, Kohlen- und Kokswerke Aktien-Gesellschaft, Stettin. Die GV setzte die Dividende per 31. März 1928 auf 7 (7. V. 8) % fest. Auf Anfrage betonte die Verwaltung, dass die allgemeine Geschäftslage die Dividendenkürzung als angemessen erscheinen lasse.

Verluste einer Leinenspinnerei. Bei der Sächsischen Leinenindustrie Gesellschaft vorm. H. C. Müller in Hirt AG in Freiberg (Sachsen) ist der Verlust, den die Gesellschaft per Ultimo 1927 mit 318 668 Reichsmark bei 1 560 000 RM Aktienkapital auswies, im Verlaufe des neuen Geschäftsjahres auf

Über die Hälfte des Grundkapitals angestiegen, so dass die Verwaltung zur Mitteilung gemäss § 240 HGB. verpflichtet ist. In einer zum 20. September einberufenen ausserordentlichen GV soll über Beschaffung von Mitteln zum Weiterbetrieb des Unternehmens, gegebenenfalls über Auflösung der Gesellschaft Beschluss gefasst werden. Beschlossen wurde bereits in früheren Jahren die Stillegung des Betriebes (Flachs- und Werggarnspinnerei) erwogen.

Fusion in der Gera-Greizer Textilindustrie. Die Gerner Webereifirma Focke u. Co. ist, wie der „Konf." erfährt, mit allen Grundstücken und sämtlichen Einrichtungen an die Weberei Ernst Fr. Weissflog AG in Gera, übergegangen.

Brauereizusammenschluss im Ruhrrevier. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, dass die Dortmunder Ritterbrauerei AG, die bekanntlich zur Arnholdi-Gruppe bzw. zum Konzern der Bank für Brauindustrie AG gehört, im Begriffe steht, massgeblichen Einfluss auf die Gischard-Brauerei Gelsenkirchen zu nehmen. Wie man hört, hat die Ritterbrauerei bereits vor mehreren Tagen ein grösseres Paket Gischkaff-Aktien aus dem Besitz der Familie Pokorny erworben. Auf Anfrage wird von der Verwaltung der Ritterbrauerei zugegeben, dass die Verhandlungen bereits weit gediehen seien. Ein endgültiger Beschluss ist jedoch noch nicht erfolgt. Augenscheinlich handelt es sich darum, dass man neben dem bereits erwähnten Paket weitere geschlossene Aktienpakete zu erwerben beabsichtigt. Indessen ist bereits durch die neue Gruppierung eine Einigung mit der Familie Pokorny bzw. mit einzelnen Vertretern dieser Familie ein massgebliches Interesse der Ritterbrauerei in Dortmund gesichert. Es wird angenommen, dass die ganze Transaktion nur die Verbereitung zu einer Fusion darstellt. Die Ritterbrauerei ist bekanntlich mit einem Aktienkapital von 4 565 000 RM ausgestattet, die Gischkaff-Aktiengesellschaft, Gelsenkirchen mit einem Aktienkapital von 2 910 000 RM.

Kapitalerhöhung der Hansa Brauerei. Die der Hansa Brauerei AG in Dortmund beschloss die ausserordentliche GV die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 Mill. auf 4,2 Mill. M durch 1000 Aktien im Nennwert von 1200 M. Die neuen Aktien werden von einem Konsortium übernommen und zu 135% angeboten. Ausserdem wird den alten Aktionären vorgeschlagen, die alten Aktien in der Weise zuzüglich, dass gegen vier alte Aktien im Nennwert von 200 M eine Aktie über 1200 M gegeben wird.

12% Dividende bei der Ammendorfer Papierfabrik. Die Ammendorfer Papierfabrik in Ammendorf bei Halle, beantragt für das Geschäftsjahr 1927/28 eine Dividende von 12% (6. V. 15%).

Befriedigendes Geschäft bei der Industriewerk Plauen AG. Im Prospekt über 900 000 RM neue Stammaktien wird mitgeteilt, dass zurzeit der Geschäftsgang der Industriewerk Plauen AG befriedigend sei, so dass wieder mit einem guten Ergebnis gerechnet werden könne (5. V. 14% Dividende).

Zweigniederlassung der Derop auch in Frankfurt a. M. Wie wir hören, hat die Deutsche Erdöl-Gesellschaft für Russische Oelprodukte AG eine weitere Zweigniederlassung in Deutschland, und zwar in Frankfurt a. M. eröffnet.

Betriebsergebnisse im Juli-Luftverkehr. Die starke Ausdehnung mach Plätzen in den von allen grösseren Städten Deutschlands nach den Badeorten an der Nord- und Ostsee, sowie den Kurorten in den mittel- und süddeutschen Gebirgen verkehrenden Flugzeugen der Deutschen Luftflotte Hansa hat bewirkt, dass der Monat Juli in bezug auf die Passagier-, Fracht- und Gepäckbeförderung höher als günstigsten gedacht. Die Ergebnisse in der Passagierbeförderung stiegen von 13 969 im Monat Juni beförderten Passagieren auf 19 782, insgesamt werden im Juli 122 546 kg Fracht, 163 030 kg Gepäck, sowie 102 608 kg Post und Eisenbahn den Flugzeugen der Deutschen Luftflotte Hansa befördert.

Unverländerte französische Kohlenpreise. Im französischen Kohlenexport-Produzenten beschlossen, die bisherigen Preise für Grossen-Kohlen, III für den Monat September unverändert beizubehalten und setzten das September-Kontingent auf 200 000 t fest.

Aufhebung der Medio-Liquidation auch in Dresden. An der Dresdner Börse wird gleichfalls die Medio-Liquidation vom 1. Oktober ab aufgehoben.

Neue Konkurse. Die gesperrten Ortsnamen zeigen das Eröffnungs-Amtsgericht an; die Daten sind letzte Anmeldefristen. Barmen: Fa. Wolff u. Steinmann G. m. b. H., 22. 9. 28. — Charlottenburg: Frieder. Edith Jacobsohn, Leibnizstrasse 72; 18. 9. 28. — München: Kaufmann Fritz Geissler; 19. 9. 28. — Saalfeld: Willy Krause; 19. 9. 28. — Pirmasens: Fa. Johann Follmer, Schuhfabrik; 6. 10. 28. — Sanzerhausen: Fa. August Steckel, G. m. b. H.; 15. 9. 28.

Finanzielle Anzeigen

in der vorliegenden Nummer der „DAZ"

8% Anleihe der Stadt Solingen. Zeichnungsaufforderung.

Hamburgische Elektrizitäts-Werke AG. Einladung zur ordentlichen Generalversammlung.

Bankverein für Schleswig-Holstein AG, Neumünster. Erste Aufforderung zum Umtausch der Aktien über 40 RM.

Gesundes Haar durch Dr. Dralle's Birkenwasser

Das unerreichte, wissenschaftl. begründete Mittel für den Haarwuchs. Ärztlich empfohlen gegen Haarausfall und Kopfschuppen. Zugleich das erfrischende und ideale Pflegemittel für die Frisur, von höchster Eignart der Duftkomposition.

Dr. Dralle's Birken Haarwasser. Preis 2.20 und 3.75. 1/2 Ltr. 6.—, 1 Ltr. 10.50

MARGARINE

VERA

Die neue Marke der Vereinigten Rama-Werke

1 lb NUR 85 Pf.

Dienst am Haushalt

Theater

29. August

Staatsoper (Ud. Linden) Abon.-Vorst. 64 7.30—11 Doctr Gobbolf

Städtische Oper 7.30—10.45 Geistl. Vorst. Die lustigen Weiber von Windsor

Staatsoper (Kroll) 8.—22.15 Vorführung d. Wolfsbühne Emilia Müller

Staatl. Schauspielh. Wiederbeginn d. Vorstell. Sonnabend, 1. September

Schiller-Theater (Charlottenburg) Wiederbeginn d. Vorstell. Sonnabend, 1. September

Deutsches Th. 8—10.45 Arnifien.
Die Komödie 8.30—10.45 Es liegt in der Luft.
Kammerspiele Geschlossen.
Berliner Th. 8.15—10.30 Der Prozeß Mary Dugan
Th. i. d. Königgrätz. Str. 8.15—11 Leinen aus Irland.
Komödienhaus (Fasanenstr.) Die Kinder
Deutsches Künstlertheater 8.15—10.45 Es kommt ihr drauf
Lessing-Th. —11 Der Zarewitsch.
Theater am Bülowplatz Geschlossen.
Theater am Schiffbauerdamm Geschlossen.
Lustspielhaus 8.15—11 Die Reise durch Berlin in 60 Stunden.
Th. a. Kurfürstend. Geschlossen.
Renaissance-Th. 8.15—10.30 Spiel im Schloß.
Gr. Schauspielhaus Geschlossen.
Th. d. Westens 8.15—11 Das süße Geheimnis
Kleines Th. 8.15—10.30 Die Mit fuß zu bringenden
Metropol-Th. Geschlossen.
Th. a. Nollendorfpl. 8.15—10.30 Die unglückte Ehe.
Die Irrblüte 8.15—10.30 Cybulis! . . . Ausgeschlossen!
Trianon-Th. 8.15—10.30 Das Sprungbrett der Liebe.
Haller-Revue 8.15—11.30 Schön und schick.
Residenz-Th. 8.15—10.15 Standal im Bett.
Thalia-Th. Geschlossen.
Th. d. Kommandantenstr. Geschlossen.
Neues Gr. Schauspielh. Geschlossen.
Th. i. d. Klosterstr. 8.15—10.30 Die Büchse der Pandora.
Wallner-Th. 8.30—11 Jüdische Cyperette.
Neues Th. a. Zoo 8.15—10.30 Erziehungsmädel.
Zentral-Th. 8.15—10.30 Familie Hannemann.
Schlesiens-Th. Stegitz 8.15—10.30 Die erste im Mai.
Th. i. d. Lützowstr. 8.15—10.30 Wenzel weiß alles.
Rose-Th. 8.15—10.30 Jugendstreiche. Gastspiel des 5.30 Konzert und bunter Zeit. 8.15—10.45 Die Schiffe nach Sinnde.
Walhalla-Th. Geschlossen.
Resia, Internat. Varieté 8 Monatl. neues Programm.
Wintergarten 8 Varieté- und Revue-Sensationen.

Eisu-Th. Nollendorfplatz. Betten Kinder-Stahlmöbel, Matratzen, Bettwäsche, Steppdecken, Bettfedern, Daunen, Bettfedern-Reinigungsanstalt Suhl (Thür.)

Film

29. August

Titania-Palast, Steglitz 6.30 u. 9 Ein besserer Herr

Alhambra (Kurfürstendamm) 7 u. 9.15 „Song."
Beba-Palast (Kaiserallee) 7 u. 9.15 Politische

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Nach längerem Leiden, doch ganz unerwartet, entschlief gestern abend mein lieber Mann, unser guter Vater und Großvater, der

Generaldirektor Dr. phil., Dr.-Ing. eh.

Friedrich Meyer

im 59. Lebensjahre.

Tangermünde, den 27. August 1928.

Im Namen aller Hinterbliebenen:

Clara Meyer
geb. Müller

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, den 30. b. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofskapelle aus.

Nachruf!

Nach längerem Leiden, aber dennoch unerwartet, verschied am 26. b. Mts.

Herr Generaldirektor Dr. phil., Dr.-Ing. eh.

Friedrich Meyer

in Tangermünde

Derselbe war seit 1915 Mitglied des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft und hat durch seine reichen Erfahrungen in hohem Maße zu deren Entwickelung mit beigetragen.

Wir betrauern in dem leider zu früh Verstorbenen einen lieben, treuen Kollegen und Freund und werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sangerhausen, den 28. August 1928.

Der Aufsichtsrat und Vorstand der Maschinenfabrik Sangerhausen A.-G.

In der gestrigen Nacht ist nach längerem Leiden, aber dennoch für uns ganz unerwartet, der Vorsitzende des Vorstandes unserer Gesellschaft,

Herr Generaldirektor Dr. phil., Dr.-Ing. eh.

Friedrich Meyer

an Herzschwäche verschieden.

Das von seinen Vätern begonnene Werk hat er in ihrem Sinne in 28jähriger, rastloser Tätigkeit unter Einsetzung seiner ganzen starken Persönlichkeit mit warmer Liebe zu seiner jetzigen Größe weiterentwickelt. Das Werk hat in ihm den Führer verloren, der schwer zu ersetzen sein wird.

Wir tieftrauernd Zurückbleibenden wollen bestrebt sein, in seinem Geiste weiter zu schaffen.

Tangermünde, den 27. August 1928.

Zuckerraffinerie Tangermünde
Fr. Meyers Sohn, Aktiengesellschaft

Der Aufsichtsrat: Dr. Sintenis

Der Vorstand: E. Happach Dr. Gast

Nachruf!

Nach mehrwöchiger, schwerer Krankheit ist das Mitglied unseres Aufsichtsrates,

Herr Geh. Hofrat Adolf Pöhlmann
Direktor der Bayerischen Vereinsbank, München

am 24. August verschieden.

Der Entschlafene gehörte dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft seit ihrer Gründung an. Er war unserer Unternehmung ein treuer Freund und klüger Berater, stets bereit, seine hervorragenden Fähigkeiten und großen Erfahrungen in den Dienst unserer Sache zu stellen.

Wir beklagen aufs tiefste den Heimgang dieses ausgezeichneten vorbildlichen Mannes und lieben Freundes. In Dankbarkeit und Treue werden wir seiner immerdar gedenken.

Düsseldorf, den 27. August 1928

Aufsichtsrat und Vorstand der Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft.

Zugleich im Namen aller übrigen Angehörigen teilen wir nur hierdurch mit, daß mein lieber Mann, unser treuer Vater

Alfred Meyer-Waldeck

Vizeadmiral a. D. und Gouverneur a. D.

heute früh sanft entschlafen ist.

Bad Kissingen, den 25. August 1928.

Johanna Meyer-Waldeck, geb. Rey,
Hans Meyer-Waldeck, Dipl.-Ing.
Dagmar Meyer-Waldeck.

Die Beisetzung erfolgt im engsten Familienkreise in Heidelberg.

Gothaer Unfallversicherungs-Bank

Versicherungen aller Art.

GOTHAER BANKEN

Gothaer Feuerversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.
Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit.
Gothaer Transportversicherungsbank Aktien-Gesellschaft.
Gothaer Allgemeine Versicherungsbank Aktien-Gesellschaft.

Diese Qualitäts-Weine liefert Weinlager **Glaser**, Wiesbaden, Adelheidstraße 63

Bowlenwein Fl. 1.25	**Rüdesheimer Fl. 1.70**	**Tischwein Fl. 1.35**	
Niersteiner „ 1.50	**Hausmarke „ 2.00**	**Ruwbacher „ 1.60**	
Kalkofener Fl. 1.80	**Brühlbacher Art Fl. 1.30**		

Für hohe Privatlagen Preisliste verlangen. Vers. in Kisten zu 12, 25 u. 50 Fl. auch sort. Probef. zu Dienst. Wiederverkäuf. Sonderpreis.

Von der Reise zurück

Dr. Emil Engel
W. 15, Kurfürstendamm 46

Dr. W. Jonas
Frauenarzt

San.-Rat Dr. E. Littaur
Haut-, Nasen-, Ohrenarzt
Kurfürstendamm 29

Dr. Hans Panten
Zahnarzt
W. 9, Linkstraße 14

Nach mehr als 6jähr. Ausbildung an der 2. chirurgischen Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses (Prof. Dr. Unger) und in Paris habe ich mich als **Facharztin für Chirurgie und Plastik** niedergelassen.

Sprechstunden: 8½—9½, 4—5.
Sonnabend nachm. nach Vereinbarung.

Dr. Edith Peritz, Joachimsthaler Str. 6, Telephon Bismarck 2271.

Einladung zur Zeichnung
auf

Rmk. 6 000 000

8% reichsmündelsichere Anleihe der Stadt Solingen

auf Feingoldbasis (1 Reichsmark = 1/2790 kg Feingold), unkündbar bis zum Jahre 1933, von da ab planmäßige Tilgung innerhalb von 21 Jahren.

Zeichnungspreis 93 %

Die **Stadt Solingen** nimmt mit staatlicher Genehmigung vom 17. August 1928 eine in Inhaber-Teilschuldverschreibungen eingeteilte Anleihe im Nominalbetrage von Rmk. 6 000 000 auf.

Der **Erlös** der Anleihe ist zur Beschaffung der Mittel für Schulbauten, für Grundstücksankäufe, für das Strassenbauprogramm 1927, für den Bau einer Bachüberwölbung, für Wohnungsbauten, für die Erweiterung der Kanalisation, für die Strassenbahn, für Erweiterungen und Erneuerungen am Wasserwerk und am Gaswerk und für die Erweiterung des gemeinsamen Krankenhauses der Städte Solingen, Wald, Gräfrath und Höhscheid zu verwenden.

Die Anleihe ist auf Grund der Bekanntmachung über die Anlegung von Mündelgeldern vom 18. Juni 1928 — veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Nr. 25 — **reichsmündelsicher.** Sie ist eine unmittelbare Verpflichtung der Stadt Solingen, **die** für ihre Erfüllung mit ihrem gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Vermögen und mit ihrer ganzen Steuerkraft haftet.

Die **Tilgung** der Anleihe hat vom Jahre 1933 ab innerhalb längstens 21 Jahren mit jährlich 2 % des ursprünglichen Anleihebetrages zuzüglich der durch die Tilgung ersparten Zinsen durch Auslosung zum Nennwert oder durch freihändigen Ankauf zu erfolgen. Eine vorzeitige Tilgung oder Rückzahlung auf Grund einer Gesamtkündigung ist frühestens am 1. Oktober 1933 zulässig. Die Auslosungen finden im März, die Rückzahlungen an dem darauffolgenden 1. Oktober statt, und zwar erstmalig am 1. Oktober 1933. Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden unter Bezeichnung von Buchstaben und Nummern öffentlich bekannt gemacht. Die **Bekanntmachungen** über die erfolgten Auslosungen oder über eine Gesamtkündigung erfolgen spätestens drei Monate vor dem Rückzahlungstermin im Deutschen Reichsanzeiger.

Die Anleihe wird in Stücken zu Rmk. 500, Rmk. 1000, Rmk. 500 und Rmk. 100 ausgefertigt.

Die **Verzinsung** erfolgt mit 8 % in halbjährlichen Raten, am 1. April und 1. Oktober eines jeden Jahres zahlbar. Der erste Zinsschein ist am 1. April 1929 fällig.

Kapital und Zinsen werden bei Fälligkeit in gesetzlichen Zahlungsmitteln gezahlt. Für jede geschuldete Reichsmark ist der in Reichswährung ausgedrückte Preis von 1/2790 kg Feingold zu zahlen. Dieser Preis ist der auf Grund der Verordnung vom 29. Juni 1923 (RGB. I Seite 482) im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger 4 Wochen vor dem Tage der Fälligkeit zuletzt bekanntgegebene London Goldpreis, umgerechnet nach dem Mittelkurs der Berliner Börse auf Grund der amtlichen Notierung für Auszahlung London an zehnten Werktage vor dem Tage der Fälligkeit. Ergibt sich aus dieser Umrechnung für das Kilogramm Feingold ein Preis von nicht mehr als Rmk. 2800 und nicht weniger als Rmk. 2780, so ist für jede geschuldete Reichsmark 1 Rmk. in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu zahlen.

Die Stadt Solingen ist der Hauptsitz der Solinger Stahlwaren-Industrie. Ihr Vermögen beträgt nach Angabe der Stadt ca. Rmk. 40 000 000, denen einschließlich der neu aufzunehmenden Rmk. 6 000 000 Anleihe rund Rmk. 9 000 000 Schulden einschl. der Aufwertungsschulden gegenüberstehen.

Aufstellung
über die Schulden und das Vermögen der Stadt Solingen am 1. August 1928.

A. Schulden

1.	Schuldverschreibungen (Ablösungsanleihe) Rmk. 58 000.— × 5	Rmk.	290 000.—
2.	a) Darlehnsschulden (Aufwertung)	Rmk.	2 036 000.—
	b) Darlehnsschulden (Aufwertung)	Rmk.	200 000.—
3.	Hypotheken einschl. Aufwertungshypotheken	Rmk.	65 000.—
4.	Darlehen der Regierung für Notstandsarbeiten	Rmk.	614 888.11
	Es sollen aufgenommen werden als Inhaberpapiere	= Rmk.	3 205 888.11
		= Rmk.	6 000 000.—
		Summe: Rmk.	9 205 888.11

B. Vermögen.

		Werbend Rmk.	Nicht werbend Rmk.	Zusammen Rmk.
1.	Unbebaute Grundstücke	804 800—	6 725 400.—	7 530 200.—
2.	Verwaltungs-, Schul- und Unterrichtsgebäude einschließlich Einrichtungsgegenstände		13 550 000.—	13 550 000.—
3.	Wirtschaftliche Betriebe	16 563 000.—		16 563 000.—
4.	Beteiligung an industriellen Unternehmungen	527 300.—		527 300.—
5.	Kapitalvermögen	1 250 000.—		1 250 000.—
6.	Forderungen (Hypotheken)	1 246 000.—		1 246 000.—
		Sa.: 20 391 100.—	20 275 400.—	40 666 500.—
	Vermögen			Rmk. 40 666 500.—
	Schulden einschließlich der noch aufzunehmenden Inhaberpapieranleihe von Rmk. 6 000 000			Rmk. 9 205 888.11
	Reinvermögen			31 460 671.89

Die Gebäude einschließlich der Grundstücke sind mit dem Kaufpreise oder Schätzungswerte angenommen. Die unbebauten Grundstücke sind geschätzt. Die Strassen- und Wegeflächen einschließlich Pflasterung sind nicht berücksichtigt. Bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, dem Schlachthof und den Bahnen sind die Bilanzwerte eingesetzt. Die Beteiligung an industriellen Unternehmungen (in der Hauptsache Aktien des E. W. E.) ist mit dem Nominalwerte nach Umstellung auf Goldmark eingesetzt. In allen anderen Fällen sind die vor dem Kriege gewesenen Wertschätzungen zugrundegelegt.

Die Einnahmen der Stadt aus Steuern und den Einkünften aus wirtschaftlichen Unternehmungen belaufen sich nach dem vorläufigen Etat für das Rechnungsjahr 1928 auf über Rmk. 5 200 000.

Die **Einführung** der Anleihe **an der Börse zu Berlin** ist in Aussicht genommen.

Die unterzeichneten Banken sowie deren sämtliche Niederlassungen legen hiermit oben bezeichnete

Rmk. 6000000 8%ige Anleihe der Stadt Berlin
— auf Feingoldbasis —

unter folgenden Bedingungen zur Zeichnung auf:

1. Zeichnungen werden

vom 28. August 1928 bis zum 4. September 1928 einschließlich

während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Früherer Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.

2. Der Zeichnungspreis beträgt

93%

abzüglich 8% Zinsen auf den Nennwert vom Tage der Zahlung bis zum 30. September 1928 zuzüglich Börsenumsatzsteuer.

3. Die Zuteilung der Stücke auf Grund der Zeichnung erfolgt sobald als möglich. **Die Zeichnungsstellen behalten sich die Höhe der Zuteilung vor Zeichnungen mit mindestens 6monatiger Sperrverpflichtung werden vorzugsweise berücksichtigt.**
4. Die Bezahlung der zugeteilten Stücke hat am 10. September 1928 unter Abzug von 8% Zinsen auf den Nennwert vom 16. September 1928 bis zum 30. September 1928 zu erfolgen.
5. Die Aushändigung der Stücke erfolgt sofort nach deren Fertigstellung.

Berlin, Düsseldorf, im August 1928.

Preußische Staatsbank (Seehandlung)
Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft

Deutsche Bank
Landesbank der Rheinprovinz

Hamburgische Electricitäts-Werke
Aktiengesellschaft
Hamburg

Die Aktionäre werden hiermit zu der am **Freitag, den 28. September 1928, 11 Uhr,** im Sitzungssaale der Gesellschaft, **Hamburg, Pferdemarkt 48,** stattfindenden **34. ordentlichen Generalversammlung** ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes sowie der Bilanz und Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Jahr 1927/28, Prüfungsbericht des Aufsichtsrats hierzu, Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand.
2. Aenderung des Gesellschaftsvertrages: § 7 Abs. 2, betr. Zeichnung von Aktien und Interimsscheinen, und § 24 Abs. 1, betr. Hinterlegung von Aktien für die Generalversammlung.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Diejenigen Aktionäre, die sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien bezw. ihre Kassenquittungen über bezogene junge Aktien bis spätestens zum **25. September 1928** einschließlich während der üblichen Geschäftsstunden

bei der **Commerz- und Privat-Bank A. G.** in **Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Köln,** oder
bei dem **Bankhause M. M. Warburg & Co.** in **Hamburg,** oder
bei der **Bayerischen Vereinsbank** in **München,** oder
bei einem **Deutschen Notar**

zu hinterlegen und bis zum Schluss der Generalversammlung daselbst zu belassen. Für die dem Effekten-Giro-Verkehr angeschlossenen **Bankfirmen** gilt als Hinterlegungsstelle auch die Effekten-Giro-Bank des betreffenden Börsenplatzes. Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäss erfolgt, wenn Aktien bezw. Kassenquittungen mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden. Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsschein eingereicht werden. Gegen Hinterlegung der Aktien bezw. Kassenquittungen werden Eintrittskarten mit Stimmkarten ausgehändigt.

Hamburg, den 28. August 1928.

Der Aufsichtsrat:
Ferd. Lincke, stellv. Vorsitzender.

Die Technische Stadt
Jahresschau Dresden

Bankverein für Schleswig-Holstein
Aktiengesellschaft
Neumünster.

Erste Aufforderung
zum Umtausch der Aktien über RM 40.—.

Wir fordern hiermit auf Grund der 7. Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Goldbilanzen vom 7. Juli 1927 und des Beschlusses der ordentlichen Generalversammlung vom 13. März 1928 die Inhaber der Aktien unserer Bank, lautend über je RM 40.—, auf, diese Aktien nebst den dazugehörigen Gewinnanteilscheinen mit laufenden Gewinnanteilscheinen in Begleitung eines arithmetisch geordneten Nummernverzeichnisses in doppelter Ausfertigung

bis zum 31. Januar 1929 (einschliesslich)

zum Umtausch in Aktien über RM 1000,— bezw. RM 100,— **bei uns** und unserer Bank in Altona, Kiel und Rendsburg oder

in Berlin: bei der **Deutschen Bank** und
bei dem **Bankhaus Paul Krause & Co.,**
in Hamburg: bei der **Deutschen Bank Filiale Hamburg**

während der üblichen Geschäftsstunden einzureichen.

Gegen Einreichung von 25 Aktien über je RM 40.— wird eine Aktie über RM 1000,— und gegen Einreichung von 3 Aktien über je RM 40.— werden 2 Aktien über je RM 100,— ausgereicht. Der Umtausch erfolgt jeweils mit laufenden Gewinnanteilscheinen. Beträgt der Gesamtnennbetrag der von einem Aktionär eingereichten Aktien nicht RM 1000,— oder RM 100,— oder ist er nicht durch 1000 oder 100 teilbar, so wird für je RM 1000,— Aktiennennbetrag eine Aktie über RM 1000,— und für RM 100,— Aktiennennbetrag eine Aktie über RM 100,— ausgereicht. Die Umtauschstellen sind bereit, den An- und Verkauf von Spitzenbeträgen für die Aktionäre zu vermitteln.

Den Aktionären, die ihre Aktien dem Sammeldepot angeschlossen haben, wird keine Provision berechnet. Ebenfalls erfolgt der Umtausch provisionsfrei, falls die Einreichung der Aktien an den Schaltern der obengenannten Stellen erfolgt. In anderen Fällen wird die übliche Provision in Anrechnung gebracht.

Die Aushändigung der neuen Aktienurkunden erfolgt gegen Rückgabe der über die eingereichten Aktien ausgestellten Empfangsbescheinigungen bei derjenigen Stelle, bei der die Einreichung vorgenommen wurde. Die Bescheinigungen sind nicht übertragbar. Die Umtauschstellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation der Vorzeiger der Empfangsbescheinigungen zu prüfen.

Die Lieferbarkeit der neuen Aktien an den Börsen in Berlin und Hamburg wird rechtzeitig bekanntgemacht werden.

Diejenigen Aktien unserer Bank über je RM 40.—, die nicht bis zum 31. Januar 1929 eingereicht worden sind, werden nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen für kraftlos erklärt werden. Das gleiche gilt von eingereichten Aktien, die die zum Ersatz durch eine Aktie unserer Bank über RM 1000,— oder zwei Aktien je RM 100,— erforderliche Zahl nicht erreichen und weder in Aktien über RM 1000,— oder RM 100,— umgetauscht, noch uns zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt worden sind. Die auf die für kraftlos erklärten Aktien über je RM 40.— entfallenden Aktien unserer Bank über RM 1000,— oder RM 100,— werden nach Massgabe des Gesetzes verkauft. Der Erlös wird abzüglich der entstandenen Kosten an die Berechtigten ausgezahlt bezw. für diese hinterlegt.

Die Inhaber der umzutauschenden Aktien über RM 40,— können nach Massgabe der gesetzlichen Vorschriften innerhalb von drei Monaten nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Reichsanzeiger, jedoch noch bis zum Ablauf eines Monats nach Erlass der letzten Bekanntmachung über die Aufforderung zum Umtausch durch schriftliche Erklärung bei unserer Bank Widerspruch gegen den Umtausch erheben. Ausser der Abgabe der schriftlichen Widerspruchserklärung gegenüber unserer Bank ist zur ordnungsmässigen Erhebung des Widerspruchs erforderlich, dass der widerspruchende Aktionär seine Aktien oder die über sie von einem Notar, der Reichsbank oder einer Effektengirobank ausgestellten Hinterlegungsscheine entweder bei unserer Effektenkasse Neumünster oder bei einer der eben bezeichneten Stellen hinterlegt und dort bis zum Ablauf der Widerspruchsfrist belässt. Ein etwa erhobener Widerspruch verliert seine Wirkung, falls der Aktionär die hinterlegten Aktienurkunden vor Ablauf der Widerspruchsfrist zurückfordert.

Erreichen die Anteile der Inhaber der Aktien über RM 40,—, die rechtmässig Widerspruch eingelegt haben, zusammen den 10. Teil des Gesamtbetrages der Aktien über RM 40.—, so wird der Widerspruch wirksam und der zwangsweise Umtausch der Aktien nach Massgabe des Gesetzes unterbleibt. Die Urkunden derjenigen Inhaber von Aktien über RM 40.—, die nicht Widerspruch erhoben haben, werden auch in diesem Fall — als freiwillig zum Umtausch eingereicht — umgetauscht, sofern nicht von den Aktionären bei Einreichung der Aktien zum Umtausch ausdrücklich das Gegenteil bemerkt ist.

Neumünster, im August 1928.

Bankverein für Schleswig-Holstein
Aktiengesellschaft

Der Vorstand:
Frahm. Lührig.

Höhere Vorbereitungsanstalt mit Schülerheim
Berlin-Steglitz, Fichtestraße 24 (Fichtebergs. Permsr. 1525, Alle Kinsen jeden Freitag. Herrschaftsvilla, Prima Verpflegung, Anschlußgeb. Gegr. 1853. Zwei Villen inmitten großer Gärten.
Direktor Sekas

Buick Touring 1927
16/70 PS, gut erhalten, mit 5 facher Bereifung, versteuert und versicher: für 1928: zu verkaufen. 4000.— Mark Offerten unter **Kd. E. 326** befördert **Rudolf Mosse, Kaiserdamm 20.**

Baugeld-Hypotheken
bis zu 300 000 RM.
zu günstigen Bedingungen.
Franz Mrakawa, Karlshorst,
Treskow-Alles 65.

VEREINIGTE STAHLWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
BOCHUMER VEREIN * BOCHUM

liefert:

Radsätze

für Lokomotiven, Tender-, Eisenbahn- und Straßenbahnwagen, für Industrie- und Kleinbahnen, mittels Druckrollen hochglanzpolierte Achschenkel, alle Arten Radkörper mit aufgezogenen Radreifen, wie Kranlaufräder, Räder für Schiebebühnen, Drehscheiben usw.

Radsatzteile

Radreifen, gewalzte und gegossene Radscheiben, Radsterne, Achsen, Kurbelachsen, Gegenkurbeln, Zapfen, fertigbearbeitete Speichenräder, Vollräder mit Spurkranz, Sprengringe, nahtlos gewalzte sowie geschweißte Ringe und Aufschweißbunde.

Schmiedestücke

in allen Qualitäten, Formen und Größen, und zwar: Walzen, Hartwalzen, Kammwalzen, Kolbenwellen, (ein- und mehrteilig), Kolbenstangen, Kolbenkörper, Wellenenden, Turbinenwellen, Dynamowellen, Ruder, Zahnstangen, Zahnräder, Ritzel usw., vorgeschmiedete glatte Rund-, Vierkant- und Flachstäbe in allen Abmessungen, nahtlos geschmiedete bezw. gewalzte Winkel-, Flach- und Doppelflanscheisen für alle Verwendungszwecke bis 4000 mm lichten Durchmesser, nahtlos gewalzte, patentierte, runde Stahlformkästen.

Stahlformguss

roh, vorgearbeitet oder fertigbearbeitet, und zwar: Koepeschieben, Ruder, Steven, Wellenböcke, Zahnräder, Lagerschilder für elektr. Lokomotiven, Turbinenteile, Walzenständer, Pressenständer, Einbaustücke, Kammwalzen, Kammwalzenringe, Kupplungen usw.

Weichen und Weichenteile

Vollständige Weichen, Zungenvorrichtungen, Gleiskreuzungen (doppelte und einfache) mit Federzungen und federnden Schienen hinter den Zungen, Drehstühle Herzstücke, Herzstückspitzen, Vollzungen usw.

Federn

Tragfedern, Spiralfedern, Schraubenfedern, Zylinderfedern.

Kontorbedarf
L. JUERGENS
ALEXANDER PLATZ
Neue Königstraße 43

Welche leistungsfähige
Linoleumfabrik
hat Interesse für einen neuen Massenartikel (Autozubehör)?
Angebote unter L. U. 6761 befördert Rudolf Mosse, Leipzig.

Verantwortl. für die Redaktion: Dr. Walther Webel; für den Volkswirtschaft. Teil: Dr. P. P. Rohrbach; für den Anzeigenteil u. Geschäftl. Mitteilungen: Hans Engelhard; Verlag: Nordwestdeutsche Druckhaus u. Verlagsgesellschaft G. m. b. H., Ritterstr. 50. Druck: Wilhelm Gerve Aktiengesellschaft, Ritterstr. 50, sämtl. Berlin

29. August 1928 **Deutsche Allgemeine Zeitung** Nr. 403 Beiblatt

Ein Nervenkranker bekommt den Führerschein . . .

. . . bringt einen Menschen ins Grab und sich selbst ins Gefängnis

Am Abend des 17. Juni fuhr der 44jährige Chauffeur Ringeisen mit seiner Autodroschke in scharfem Tempo über den Alexanderplatz. Um einer ihm entgegenkommenden Straßenbahn auszuweichen, riß er sein Steuer nach links herum und kam auf dem nassen Asphalt ins Schleudern. Hierdurch verlor Ringeisen, der erst ein halbes Jahr als Chauffeur in Berlin tätig ist, jede Ueberlegung und raste mit voller Geschwindigkeit auf eine Schutzinsel,

wo eine große Anzahl Menschen stand, die auf die Straßenbahn warteten. Durch die Droschke und die in Trümmern gehende Haltestelle wurden acht Personen umgerissen. Ein Toter, drei Schwer- und vier Leichtverletzte blieben auf der Straße liegen.

Unverantwortlich ist, daß dem auf Grund dieser Unglücksfahrt wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung angeklagten Chauffeur im vergangenen Jahre

der Führerschein ausgestellt

worden ist. Der ärztliche Sachverständige erklärte in der Verhandlung vor dem Schöffengericht Mitte, daß M. als Chauffeur gänzlich ungeeignet sei. Der Angeklagte sei seit Jahren an einer Psychoneurose mit Anfallscharakter. Er sei ein jähzorniger Mensch, der hinterher von den Vorfällen nichts mehr wisse. Das Gericht betonte in seiner Urteilsbegründung, daß der hingerichteten Tat bedauernswerter Mensch sei, dem der Führerschein nicht hätte erteilt werden dürfen. Zweifellos sei die

Eignungsprüfung nur unvollkommen vorgenommen

worden, andererseits dürfe aber auch das große Unglück, das angerichtet worden sei, nicht außer acht gelassen werden.

Sechs Monate Gefängnis mit der Aussicht auf Bewährungsfrist erschienen dem Gericht als ausreichende Sühne. Für den Freisarg, der den verurteilten Fahrer erst zum Führerschein verhalf, wird diese Verhandlung voraussichtlich noch ein Nachspiel haben.

Ein Autobus fährt gegen eine Schutzinsel

Am Halleschen Tor fuhr gestern ein vollbesetzter Autobus der Linie 29 auf der Fahrt nach Dahlhof Gesundbrunnen gegen eine Schutzinsel und wurde schwer beschädigt. Unter den Fahrgästen entstand eine Panik, da durch den heftigen Anprall die meisten von ihren Plätzen geschleudert wurden. Sechs Personen erlitten erhebliche Verletzungen und mußten von der Feuerwehr nach nahegelegenen Krankenhäusern geschafft werden. Es entstand eine längere Verkehrsstörung.

Ein Brauereiauto versperrt die Strecke Potsdam—Berlin

An der Ecke der Berliner und Karlstraße in Neubabelsberg stürzte gestern abend ein Lastkraftwagen der Berliner Kindl-Brauerei in voller Fahrt um und legte sich quer über den Fahrdamm. Der 33 Jahre alte Fahrer Johann Hahn und der 27 Jahre alte Beifahrer Emil Gesel wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. Hahn trug Kopf- und Armverletzungen davon, während der Mitfahrer schwere Becken- und Rückenverletzungen erlitt. Die Feuerwehr aus Wannsee brachte die Verletzten nach dem Potsdamer Krankenhaus.

Das Wiederaufrichten des schweren Wagens dauerte 1½ Stunden. Während dieser Zeit mußten die von Potsdam nach Berlin fahrenden Autos und andere Fahrzeuge einen Umweg machen. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß das Brauereiauto auf dem nassen Pflaster ins Schleudern geriet und der Fahrer bei dem raschen Tempo die Gewalt über die Steuerung verlor.

Bis der Fahrer erklärt, ist er dann einen in der Nähe einschlagenden Blitz so geblendet worden, daß er nichts sehen konnte und der Wagen infolgedessen ins Schleudern geriet.

Wieder eine Hausräumung in der Parochialstraße

Die Stadt Berlin hat bekanntlich in der Parochialstraße mehrere Häuser aus der alten Bauperiode Berlins erworben. Nachdem das Haus Parochialstr. 22 wegen Baufälligkeit geräumt worden ist, ist jetzt nochmals in den nächsten Tagen auch das Haus Parochialstr. 19 zu räumen, weil, wenn auch eine amtsärztliche Gefahr nicht vorliegt, doch die weitere Bewohnbarkeit ausgeschlossen erscheint. Gerüchte über die Baufälligkeit des Hauses Parochialstr. 21 treffen, wie der Magistrat mitteilen läßt, nicht zu, jedoch wird für eine fortgeläufige Beobachtung des Hauses durch die Baupolizei Sorge getragen.

Dachbrand beim Erweiterungsbau der Funkhalle

Auf dem neuangebauten Teil des Daches der Funkhalle am Kaiserdamm brach Dienstag in Anwesenheit der Feuerwehr Feuer aus. In wenigen Minuten stand ein großer Teil des Daches in Flammen. Der Feuerwehr gelang es jedoch mit den bei den bestehenden Arbeiten vorhandenen Mitteln, das Feuer rechtzeitig zu löschen.

„Erdbeben" in Renkölln

Am Grünen Weg in Renkölln, wo der Neubau der Untergrundbahnstrecke Neukölln — Gesundbrunnen durchgeführt wird, ist gestern abend ein heftiges Geräusch ein Teil des Bürgersteiges ein. Durch Herausdrücken eines eisernen Rammpfahles wurde der Boden über der Unterbauung aufgelockert worden, so daß der Bürgersteig einsank. Die gerade vorübergehenden Leute kamen mit dem Schrecken davon. Die Feuerwehr nahm sich der verdrossenen Eisenträger an und verhinderte durch Abstellungen ein weiteres Einsinken.

*

Auf der Baustrecke der Lichtenberger Untergrundbahn in der Frankfurter Allee stürzte eine neuerrichtete Wand ein. Durch die Mauerung wurde der 25 Jahre alte Arbeiter Peter Filla an den Beinen schwer verletzt.

Was geschah in Dahme?

Die Unregelmäßigkeiten bei der Stadtsparkasse — Schwere Vorwürfe gegen den Bürgermeister

B. S. **Dahme i. M.**, 28. 8.

Bei der Stadtsparkasse in Dahme ist man, wie gemeldet, Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen, die dazu geführt haben, daß gegen mehrere Beamte der Stadtsparkasse ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist und daß Ermittlungen der Staatsanwaltschaft in Potsdam schweben. Außerdem werden auch Vorwürfe gegen den Bürgermeister Wendland laut, der beschuldigt wird, für etwa 100 000 Mark Kriegsanleihezeichnungen als Altbesitz angemeldet zu haben.

Während es sich bei den Verfehlungen der Sparkassenbeamten nur um eine verhältnismäßig kleine Summe handelt, scheinen die Verluste, das Reich durch falsche Anwendung von Kriegsanleihebesitz hereinzulegen, erstere Folgen zu zeitigen. Innerhalb der städtischen Körperschaften hat die Aufdeckung dieses Verfahrens große Erregung hervorgerufen. Ein Stadtverordnetenbeschluß fordert die Einleitung eines Disziplinarverfahrens und die sofortige Amtsenthebung des Bürgermeisters, der sich gegenwärtig im Urlaub befindet. In den Kriegsanleihebestand der Stadtsparkasse sollen auch noch weitere Reste der städtischen Verwaltung verwickelt sein, und eigenartigerweise handelt es sich bei der Anmeldung des Anleihebesitzes zur Aufwertung um einen Beschluß des gesamten Stadtparkassenvorstandes. Die Untersuchung erstreckt sich nun vor allen Dingen auf die Feststellung, ob sämtliche Mitglieder der Sparkasse und der Bürgermeister gewußt haben, daß es sich bei dem Anleihebesitz der Sparkasse um Altbesitz und nicht um Altbesitz handelt, der für die höhere Aufwertung in Frage kommt.

Das Verschwinden verschiedener Akten zu sein. Wie wir erfahren, war ein Beamter der Reichsschuldenverwaltung zur Nachprüfung in Dahme, der die Bemerkung des angeblichen Altbesitzes als zurecht bestehend anerkannt hat. Erst als man in der Zentrale der Reichsschuldenverwaltung in Berlin die Anmeldungen einer genauen Nachprüfung unterzog, stellte man fest, daß es sich um Neubesitz handelt und lehnte die Aufwertungsantrag ab, so daß das Reich an und für sich nicht geschädigt wurde. Die weitere Untersuchung muß ergeben, inwieweit die Schuld des Bürgermeisters und anderer städtischer Beamten vorliegt.

Die Unterschlagungen auf dem Postamt Wannsee

Im Sommer dieses Jahres meldete sich auf dem Postamt Wannsee ein 23jähriger junger Mann namens Josef Brandt, der auf Grund einer Invalidenkarte als Postgehilfe verpflichtet wurde. Besondere Verhandlungen über seine Dienstverpflichtung nicht geführt, sondern Brandt unterschrieb nur einen Schein. In betam Briefe, Postsendungen und Geldsendungen in die Finger, unterschlug binnen vier Wochen für etwa 6000 Mark Geldsendungen und flüchtete damit nach Baden-Baden, wo er das Geld verjubelte. Bei seiner Festnahme in Baden-Baden stellte es sich heraus, daß er nur nicht Geldsendungen, sondern Pakete und bereits wegen Diebstahls vorbestraft war. Die Zivildienstkartei hatte es sich in Berlin erkauft. Das Disziplinarverfahren

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Börsen und Valuten

Berliner Börse

An der Nachbörse wurde fast nur noch per medio gehandelt, unter Berücksichtigung des Reports waren die Kurse anschliessend an den abgeschwächten Schluss weiter abbröckelt. Westeregeln 269 bis 268¾, Salzdetfurth 459, Aschersleben 294, Felten u. Guillaume 151¼, AEG. 180 Br., Siemens 376, Farbenindustrie 264¼, Chade 523.

Stichtage für die Ultimoliquidation

Termine	Prämienerklärung Festsetzung der Liquidationskurse	Einreichung der Effektenaufträge	Zahlung
Oktober.	Sonnab. 27 10	Montag 29 10	Mittw. 31. 10
Novemb.	Dienst. 27 11.	Mittw 28. 11.	Freitag 30 11.
Dezemb.	Donnerstag 27 12	Freitag 28.12	Montag 31.12

Zulassungen zur Berliner Börse. Zwischenschein 1 000 000 RM 7% Gesellschaft Stadt Königsberg i. Pr. von 1928, Ausgabe 1, 1 000 000 RM neue Stammaktien der Deierit. Basalt-AG Köln a. Rh.

Einstellung von Börsennotierungen. In die Zulassungsstelle die Zulassung für nachfolgende Werte zurückgenommen hat, wird die Notiz hierfür mit Wirkung per 1. September 1928 an hiesiger Börse eingestellt: Bamberger Kalkofabrik-Aktien, Elektrotech-Badische Werkzeugfabrik-Aktien, Berg Herz AG-Aktien. Von ungetauschten Aktienurkunden und Anteilscheinen wird bekanntgemacht, dass vom 31. August 1928 ab von den Aktien der Fahlberg List u. Co. AG nur noch die Nummern 1—9000 zu 1000 RM, 9001 bis 27 000 zu 100 RM an hiesiger Börse lieferbar sind. Mit Ablauf des 30. August 1928 gelten sämtliche Widerrufallimite in diesen Wertpapier als erloschen. Vom 29. August 1928 ab sind die neu zugelassenen: 5 000 000 GM 8% Gold-Schuldverschreibungen (Kommunal-Obligationen) Em. XVI der Preussischen Boden-Credit-Aktien-Bank. Lit. A. Nr. 2501—3500 zu 100 GM, C. 2501—3800 zu je 500 GM, F. 4001 bis 5750 zu je 1000 GM, G. 1751—2500 zu je 2000 GM, I. 201—400 zu je 5000 GM gleich den alten Stücken der Emission XVI lieferbar. Vom 29. August 1928 ab sind die neu zugelassenen: 5 000 000 GM 8% Gold-Pfandbriefe Em. XVII der Deutschen Hypothekenbank in Meiningen, Lit. N. Nr. 5001—8000 zu je 100 GM, O. 2501—3750 zu je 500 GM, P. 3001—4500 zu je 1000 GM, Q. 1501 bis 2250 zu je 2000 GM, S. 451—675 zu je 5000 GM gleich den alten Stücken der Emission XVII lieferbar.

Liquidationskurse. 28. 8. AG für Verkehr 190 (195), Reichsbahn Vorz. 94 (95), Hambg. Paket 161 (165), Hambg. Hochbahn 78 (78), Hamburg Süd 196 (198), Hansa Dampf 198 (198), Nordd. Lloyd 152 (155), Otavi Minen 55 (55), Allg. Dt. Creditanst. 136 (136), Barmer Bankverein 142 (142), Bayr. Hyp.-Wechselbank 160 (161), Berl. Handels 275 (276), Commerzbank 186 (187), Darmstädt. Bank 269 (271), Deutsche Bank 166 (166), Disconto-Ges. 160 (160), Dresdner Bank 167 (167), Mitteld. Credit 200 (202), Allg. El. Ges. 180 (182), Bergmann El. 198 (200), Berl. Maschi. 115 (117), Budersus 85 (84), Chari. Wasser 124 (127), Comp. Hisp. (Chade) 525 (522), Contl Caoutch. 155 (139), Daimler Motor 107 (11), Dt. Conti Gas 194 (197), Dt. Erdöl 140 (142), Dt. Linol-Werke 367 (370), Dt. Maschinen 55 (54), Dynamit Nobel 153 (158), El. Lieferung 185 (179), Elektr. Licht u. Kraft 219 (221), Essener Steinkohlen 129 (124), I. G. Farbenindustrie 265 (270), Feldmühle 247 (251), Felten-Guillaume 153 (140), Gelsenk. Berg 127 (124), Ges. f. el. Untern. 270 (272), Goldschmidt 106 (97), Hilpe, Kl. Werke 130 (137), Harpener Berg 154 (154), Hoesch Stahl 137 (131), Holzmann 143 (145), Ilse Bergbau 253 (254), Kali Aschersl. 262 (263), Karstadt 215 (216), Klöcknerwerke 122 (120), Köln Neuessen 134 (128), Ludwig Loewe 246 (245), Mannesmannröhren 155 (155), Mansfeld Berg 112 (108), Metallbank 139 (142), Nationale Auto 83 (86), Nordd. Wolle 199 (203), Oberbedarf 103 (103), Oberschles. Koks 112 (115), Orenstein 119 (119), Ostwerke 296 (298), Phönix Bergb. 94 (95), Polyphonwerke 458 (456), Rhein. Braunk. 275 (276), Rhein Elektro 151 (152), Rheinstahl 147 (142), Riebeck Montan 137 (137), Rütgerswerke 108 (108), Salzdetfurth 456 (459), Schles. Elektr. u. Gas 151 B. 238 (243), Schubert u. Salzer 355 (355), Schuckert El. 203 (209), Schultheiss 341 (340), Siemens-Halske 377 (380), Thüring. Gas 159 (157), Leonh. Tietz 257 (258), Transradio 148 (152), Ver. Glanzstoff 586 (575), Ver. Stahlwerke 99 (98), Westeregeln 267 (262), Zellstoff Waldhof 267 (261).

Wiederaufnahme des Sonnabend-Börsenverkehrs. Am Sonnabend, den 1. September, wird nunmehr der regelmässige Börsenverkehr an Sonnabenden in Berlin wieder aufgenommen. Die Börsenräume werden an Sonnabenden wie bisher um 10¼ Uhr geöffnet. Die Börsenzeit ist für die Wertpapierbörse von 11 bis 13 Uhr festgesetzt. Die Festsetzung der ersten Kurse der im Termin- und variablen Handel sonnabendlich stattfindenden Kurse beginnt um 11 Uhr, die Festsetzung der Einheitskurse sowie der Devisen- und Notenkurse um 12 Uhr. Nach 13¼ Uhr ist jeder Handel in Wertpapieren in den Börsenräumen untersagt.

Frankfurter Abendbörse gut gehalten. An der Abendbörse war der Aktienmarkt wollkommen vernachlässigt. Die Kurse waren aber gut gehalten, teilweise leicht befestigt. Ausserordentlich lebhaft lag der Markt für Anatolier und im Verlaufe für türkische Anleihen. Bei Anatolier soll die Bank für orient. Eisenbahnen in Zürich ihrem Vertreter, der die weiteren Anatolier-Verhandlungen führt, neue Vollmachten erteilt haben, wewegen man einen baldigen Erfolg erhofft. Anatolier 1 Ver. 21½ bis 21¾, 1 bis 20 gehandelt. Im Verlaufe wurden auch in türkischen Zweihen Höchstkurse festgestellt. Zollfrei lag 11¾, kleine Türken 11¾, unif. Türken 17¾, Bagdad II 11,80; dagegen hörte man Mazedonier mit 20, Ungarn Gold 28,5, Goldrussen 2,95. Ausländische Kunst- und Gelegenheitswerte etwas schwächer. Bemberg 134¼. An Aktienmarkt waren die gesprochenen Kurse gut gehalten, teilweise sogar um ¼ bis 1% höher. Lediglich für Kalindustrie bestand etwas Nachfrage, Otavi im Gegensatz zum Mittag vollkommen leblos. An der Nachbörse kam es für Anatolier und Türken nicht mehr zu Kurserhöhungen. Aktien blieben ohne Umsatz.

Anleihen: Reichs-Ablösungsanl. 51, do. ohne Auslosg. 16,75, 4% Dt. Schutzgebiete 6,35, 4½% Oesterr. St.-Rte. v. 1913 2,30, 4½% Oesterr. Schatz v. 1914 33, 4½% Rumänier i. G. v. 1913 25,75, 4% Türk. Bagdad II 11,75, 4% Türken Zoll. v. 1911 11,62, 4% Ung. Goldrente 26,5, 5% Mexik. abgest. 18, 3% Mexik. Silber abgest. 11, 4½% Anat. I 21,5, 4½% Anat. II 21,5, 3% Salon. Monast. 20.

Bankaktien: Allg. Dt. Creditanst. 137, Barmer Bankverein 142, Bayer. Hyp. u. Wechs. 159, Commerz u. Priv. 186, Darmst. u. Nat. 269, Deutsche Bank 165, Disconteges. 159,25, Dresdner Bank 167,5, Mitteldeut. 199,5, Reichsbank 301, Oesterr. Kredit 55,75.

Bergwerksaktien: Buderus 84, Gelsenk. Berg. 127, Harpener 154, Ilse 253, Kali Aschersl. 262, Kali Westeregeln 267, Klöckner Werke 123, Mannesmann 136,5, Otavi Minen 55, Phönix 93,5, Rheinbraunkohlen 273,5, Rheinstahl 145,75, Laura 74,5.

Transportwerte: Hapag 161,75, Nordd. Lloyd 152,5.

Industrieaktien: AEG. Stamm 179,5, Zement Heidelberg 135,75, Daimler 106,5, Deutsche Erdöl 141,5, Deutsche Gold und Silber 214, Lieht u. Kraft 219,5, El. Lieferung 183,25, I. G. Farben 265,25, Felten u. Guillaume 153, Frankfurter Hof 98, Gesfürel 267,25, Th. Goldschmidt 105,25, Holzmann 143, Gebr. Junghans 88, Lahmeyer 179, Mainkraft 120, Metallges. 192,5, Neckarwerke 58, Rütgers. 108,25, Südd. Zucker-AG 144, Strobstoffver. 104,5, Voigt u. Haeffner 215, Wayss u. Freytag 144, Zellstoff Aschaff. 218.

Düsseldorfer Börse vom 28. 8.

Kurs in 1000 RM. Aktien in %					
Exze			Enzigshal	12,00	13,25
Carolus Magnus	—	—	Siegfried	3,10	5,30
Cassel Gas	0,230	0,24	Siegfried Giesser	—	—
Deutsch Erdöl	5,25	5,40	Thyssen	3,40	3,55
Gesfürel	17,50	18,00	Walbeck	1,25	1,375
Hanf Schwelerei	0,50	0,60	Westeregeln	—	118,00
Rütgerswerke	108,00	108,25	Aktien		
Kleinlg Ludwig	300,0	31,75	Adler	52,25	55,5
Mannesmann	135,00	140,00	Dahlbusch	118,0	120,0
Brandt. Rheinbraun	8,60	8,65	Eschweiler Bergw.	57,0	57,75
Leonhardt	8,50	9,25	Hindorfer Bergb.	52,5	54,0
Nickel	—	—	Kaiser	165,0	—
Phönix	93,5	94,5	Krügershall	—	—
Bergmannsspan	17,00	17,50	Niederrhein.	146,5	149,0
Deutsche	0,86	0,93	Wittekind	93,5	97,0
Durlach	3,75	3,80	Adler Fahrzeug	—	133,0
Dunlopwerke	8,00	8,50	Kabel Kheinl	188,0	193,0
Eisigkeit	5,00	5,40	Deutscher Werke	128,0	130,0
Gummiwerke	3,25	3,50	Stahlwerke	28. 8.	27. 8.
Hanau Silberberg	6,10	6,30	Thyssenkrupp	99,00	99,5
Hanf	—	—	Ver. Stahlwerke	99,00	99%
Hupe	9,75	—	Kali-Industrie	—	249,00
Hindenburg	12,00	13,25			

Wiener Börse

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Länderb.-Akt.	105,60	105,50	Donaudampf.	132,00	129,00
Donaudampf.	—	—	Alpine Montan	48,40	48,50
Wien. Bankver.	26,10	26,10	Krupp	10,91	10,55
Oesterr. Kredit.	60,00	60,00	A. E. G. Union	27,05	27,00
Biedlerl. Bk.-A.	22,80	22,80	Siemens Schuck.	22,00	22,30
Stadtbahn	126,15	126,70	Daimler Gest.	12,55	12,65
Donaukraftwerk	122,00	—	Oest. Elsenb.-V.	51,50	51,75

Uneinheitliche Tendenz der Wertbriefe. Am Devisenmarkt war an den westeuropäischen Grossbörsen die Entwicklung zwiespältig. In Amsterdam waren Industrieaktien behauptet. Eine etwas festere Haltung zeigte sich für Kgl. Petroleum 446¾ (Montag 448¾), Niederl. Kunstseide 441 (440¼), Bemberg A 134 (134), Bemberg B 136 (134), 7% Rhein-Elbesuin 107 (106), 7% Ver. Stahlwerke 87½ (87), 7% Glanzstoff American Certif 137 (unverändert). In Brüssel gingen von Bankaktien Banque de Bruxelles zu 2850 (2800), Soc. Générale parts de réserve zu 32 700 (33 000) um. Sidro privil. 5080 (3100), ord. 3215 (3200), Sofina 82 000 (unverändert), Cockerill 5500 (5475), Ougrée 5000 (5525), Union Miniére 8025 (8760), Arbed 13 800 (14 100). In Paris schwächten sich Bangue de France auf 23 700 (23 800) ab, Banque de Paris 4940 (5050), Compt. Nat. 2815 (2845). Bahnaktien tendierten schwach. Auch am Industrieaktienmarkt gab es vielfach Kursrückgänge. Thomson Houston 1000 (1020), Rio 1240, 6260 (6315), Aciéries de Longwy 2320 (2375), Michelville 2215 (2275), Schneider 2371 (2255), St. Gobain fest, 6850 (6795), Sole Artif 15 750 (16 300), Tubize 1845 (1212). In Mailand waren die Kurse vielmehr stabil. Sala 136 (unverändert), Fiat 442 (442¾).

Goldsorten und Banknoten. Berlin, 28. August.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Sovereigns	—,—	—,—	Danziger Noten	—,—	—,—
20 Fr. Stücke	—,—	—,—	Russ. Banknoten	2,54	2,56
Gold-Dollars	4,19	4,21	do. unf. 500	—,—	—,—
U. S. 1000-5 D	4,17	4,191	Schweiz. Noten	111,31	112,05
1 D	0,841	4,191	Schweiz. gr.	80,57	80,93
Belgische Noten	58,13	58,37	do. kl.	80,57	80,99
Dänische Noten	111,56	112,00	Spanische	69,41	69,69
Engl. Noten, gr.	20,287	20,367	Tschechoslov.		
kl.	20,252	20,372	Noten, gr. 5	12,368	12,448
Französische Noten	16,50	16,54	do. do. kl. 5	12,40	12,46
Französische	16,53	16,58	Ungarische Not.	72,89	73,19
Italienische	16,54	16,74	Jugoslawische	7,35	7,38
Italien. gr.	21,99	22,07	Bulgarien	—,—	—,—
kl.	22,04	22,12	Argentin. Noten	—,—	—,—
Norwegische	111,56	112,00	Brasilian.	0,4655	0,5555
Oesterr. gr.	59,11	59,35	Griechische	—,—	—,—
kl.	59,11	59,35	Kanada-Noten	—,—	—,—

Ostdevisen. Berlin, 28. August. Freiverkehr.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterdam	168,45	168,79	Posen	46,925	47,125
Bukarest	—,—	—,—	Polen	—,—	—,—
Riga	80,93	81,27	Polnische gr.	46,85	47,25
Kowno	41,91	41,99	do. kl.	46,85	47,20
Kowno	41,36	41,54	Lettische	80,47	81,13
Prag	—,—	—,—	Estnische	112,41	—,—
Lettowitz	—,—	—,—	Litauische	41,23	41,57

Danzig, 28. 8. Dollar-Kurs (Bank-Noten) 100 Reichsmark telegr. 122,666 G, 122,974 B, 100 Reichsmark —,— G, —,— B, 100 Zloty 57,71 G, 57,86 B.

Warschau, 28. 8. Amerikan. Dollar 8,90, London 43,275, Paris 34,83, Prag 26,42, Zürich 171,685, Wien 125,65 G.

Kopenhagen, 28. 8. Berlin 89,40. **Stockholm** Berlin 89,57. **Oslo,** Berlin 89,45 b. 100 Dmk.

Interventionsstelle Wechselkurse. 28. August

vom	London	Zürich	Paris	Amsterdam	Wien	Prag
	in %		Fr.	Fr.	Sch.	Kr.
Berlin	20,365	123,52	016,75	168,45	168,35	604,35
New York	4,185,25	519,35	26,605	249½	708,25	83,75
Amsterd.	12,105	238,20	10,295	—,—	253,52	12,535
Oslo	18,185	112,95	—,—	67,575	—,—	90,25
Kopenh.	18,185	138,05	—,—	66,575	189,00	90,25
Stockh.	18,121	139,05	685,50	66,80	—,—	90,05
London	—,—	15,09½	124,07	12,10½	91,25	163,55
Paris	124,28	20,28	—,—	16,48	27,645	131,80
Prag	24,905	72,23	3,04	34,55	—,—	—,—
Wien	92,51	27,93	124,33	13,075	—,—	176,88
Budapest	90,25	27,12	122,07	13,18	—,—	560,00
Zürich	25,19½	—,—	493,00	46,03½	136,33	649,62½
Mailand	24,42	72,85	—,—	35,17½	—,—	96,75
Budapest	28,85	90,56	—,—	13,00	123,53	—,—
Prag	183,78	18,895	76,80	739½	20,985	—,—
Bukarest	795,00	317,50	15,60	—,—	—,—	—,—
Danzig	18,19	13,095	—,—	—,—	—,—	—,—
Warschau	43,35	58,30	—,—	—,—	—,—	377,75

Ueberseische Wechselkurse auf London. 28. 8. Buenos-Aires 47,37, Rio de Janeiro 290,00, Alexandrien 97,50, Montevideo 50,50, Valparaiso 20,59, Bombay sh. 1. 1 Rp. 1/5¹⁵/₁₆, California sh. 1. 1 Ra 1/8, Hongkong sh. 1. 1 Dol. 2/3, Shanghai sh. 1. 1 Tael 2/8¾, Singapore sh. 1. 1 Doll. 2/3¾, Manila sh. 1. 1 Doll. 2/9½, Kobe sh. 1. 1 Yen 1/10¹⁵/₁₆.

Warenmärkte

Berliner Produktenbörse. 28. August

Amtl. Notierungen der Mittagsbörse ab Station

Kahl und Kiloe brutto einschl. Sack frei Berlin.					
für 1000 Kg	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Weizen			Mehl 70%		
mark.	220—222	222—225	Weizen	27,25—30,75	27,00—30,75
pomm.	—	—	Roggen	26,75—31,25	29,50—31,25
Sept.	234—235	237½—237	Weizenkleie	18,50—19,50	18,25—19,50
Oktober	236½—236	238	Roggenkleie	16,25—16,50	16,50
Dezbr.	241—40½	242—43	Weizenkl. Kl.	16,25—16,50	16,25—16,50
Roggen			Raps	330,0—335,0	330,0—335,0
mark.	218—221	220—223	Rüböl	97,50—97,50	97,50—97,50
weiter	—	—	Kl. Spezialm.	—	—
Sept.	233—235	235½	Leinsaat	29,00—31,00	25,00—27,00
Oktober	235—234½	235½—235	Palmkuchen	—	—
Dezbr.	235½—237	237—237½	Kokosnuss	26,00—28,00	—
Gerste	—	—	Wicken	30,00—32,00	30,00—32,00
Sommer	234—254	234—254	Leinkuchen	15,00—15,50	15,00—15,50
Winter	204—213	204—213	Trockenschn.	16,50—16,50	16,50—17,00
Hafer			Sojabohnen	—	—
märk.	204—212	205—214	Kartoffelflocken	—	—
schles.	—	—	Leinkuchen	—	—
Sept.	214—213	216	Basis 21	23,50—23,85	23,70—24,00
Oktober	—	—	Trockenschn.	17,50—18,00	17,50—18,00
Dezbr.	214—13½	215	Soja-Schrot	—	—
Mais			Basis 45	21,00—21,50	21,00—21,50
Berlin	208—211	210—213	Kartoffel-	—	—
Rüböl	—	—	locken	24,00—24,40	24,00—24,40

Bremer Getreidenotierungen. 28. 8. Weizen, Manitoba 1, Okt.-Nov. à 11,35, do. Manitoba II Okt.-Nov. à 11,10, do. Manitoba III, Sept. à 10,50, do. Manitoba IV Juli-Aug. à 10,30, do. Roggen, Amerikanischer II plus Dampfer Köln 10,00, do. La Plata II, Sept. Gerste, La Plata 9,10, Fed. Gr. II 9,10, do. Indische 9, do. Marokko 7,90, do. Canada IV 9,10; Hafer, La Plata (31-32 kg) 9,65, do. Canada Western III 10,70, do. Canada feeding 10,20, do. Kön 9,60, do. White clipped 10, do. Marokko 9,50; Mais Amerik. Mixed Sept. à 8,40, do. La Plata 8,45. Tendenz ruhig.

Mitteldeutsche Häutenauktion. Die in Erfurt abgehaltene Häutenauktion von Thüringer Gefälle war am 2. Tage (28. 8.) gut besucht. Es wurde alles verkauft bei Abschlägen bis zu 5%.

Magdeburger Zucker notierte am 28. August: Gemahlener Melis 1 bei prompter Lieferung August 26,60, September 26,75 RM je 50 kg. Tendenz: ruhig.

Hamburger Zucker-Terminmarkt. 28. 8. (Weisszucker inkl. Sack frei Seeschiffsseite Hamburg für 50 kg netto.) Notierungen von 10,30 Uhr: August 13,60 B., 13,25 G., September 13,45 B., 13,25 G., Oktober 13,30 B., 13,10 G., November 12,95 B., 12,85 G., Dezember 12,95 B., 12,95 G., 12,95 bez., Okt.-Dez. 13,05 B., 12,95 G., Januar 1929 13,10 B., 13,05 G., Februar 13,20 B., 13,15 G., März 13,25 B., 13,20 G., Jan.-März 13,20 B., 13,10 G., April 13,30 B., 13,20 G., Mai 13,35 B., 13,35 G., Juni 13,45 B., 13,40 G., Juli 13,45 B., 13,40 G. Tendenz: ruhig.

Notierungen von 2,15 Uhr: August 13,60 B., 13,10 G., September 13,30 B., 13,20 G., Oktober 13,15 B., 13,10 G., November 12,95 B., 12,85 G., Dezember 13 B., 12,95 G., Okt.-Dez. 13,05 B., 12,95 G., Januar 1929 13,15 B., 13,05 G., Februar 13,25 B., 13,15 G., März 13,30 B., 13,25 G., Jan.-März 13,25 B., 13,15 G., April 13,35 B., 13,25 G., Mai 13,40 B., 13,35 G., Juni 13,50 B., 13,40 G., Juli 13,55 B., 13,45 G. Tendenz: behauptet.

Hamburger Kaffee-Terminmarkt. 28. 8. Amtliche Preisnotierungen von 10 Uhr für ½ kg: September 88 B., 87½ G., Dezember 87½ Brief, 87 G., März 1929 86½ B., 86 G., Juli 86¼ B., 86 G. Tendenz: ruhig.

Notierungen von 2 Uhr: September 88 B., 87½ G., Dezember 87½ B., 86¾ G., März 1929 86½ B., 86 G., Mai 86¼ B., 85¾ G., Juli 86¼ B., 85½ G. Tendenz: ruhig.

Hamburger Kautschuk-Terminnotierungen. 28. 8. August 175 B., 167½ G., September 175 B., 170 G., 172½ bez., Oktober 175 B., 170 G., November 175 B., 170 G., Dezember 175 B., 172½ G., 172½ bez., Oktober-Dezember 175 B., 172½ G., Januar 1929 177½ B., 172½ G., Februar 177½ B., 172½ G., März 177½ B., 172½ G., Januar-März 177½ B., 172½ G., April 177½ B., 175 G., Mai 177½ B., 175 G., Juni 180 B., 175 G., April-Juni 180 B., 175 G., Juli 180 B., 175 G. Tendenz: stetig.

Londoner Kautschuknotierungen. ex. London, 28. 8. (Eigenbericht.) Smoked sheets loko und September 1/32, Oktober 9¼, November 9⁹/₁₆, Dezember 9¼, Januar-März 9¼, April-Juni 9¼.

Bremer Baumwoll-Terminmarkt. Schlussnotierungen von 18 Uhr: Oktober 20,26 B., 20,10 G., Dezember 20,09 B., 20,03 G., Januar 1929 19,95 B., 19,93 G., 19,95, 19,93 bez., März 19,96 B., 19,95 G., 19,96, 19,95 bez., Mai 19,99 B., 19,97 G., 2mal 19,97 bez., Juli 19,94 B., 19,80 G. Tendenz: fester.

Augustische Baumwolle. Alexandrien, 28. August (Eigenbericht). Spezielle Sorte loko 450 G. Kl. Kairiner 7,35 d — Amerikanische middling 31 m 20,95 Bollarosets a. Ibs.

Liverpool, 28. August. Schlusskurse (International Baumwolle). Broker Brown Brothers-Wissmann.

American Univ. Baumw.	28. 8.	27. 8.	Aug. Sep. 2. 8.	28. 8.	27. 8.
August	9,99	9,97	Sep. November 26	18,27	18,23
August 1928	9,99	9,97	— Januar 1929	18,30	18,30
Oktober	9,78	9,81	— März	18,42	18,43
— Januar 1929	9,71	9,61	— Juli	18,50	18,48
— März	9,76	9,74	Dez. November 26	17,21	17,24
— Juli	9,78	9,73	— Januar 1929	17,48	17,44
Loco	10,29	10,04	Tagesumsatz	4000	4000
			Tagesimport	6670	

Berliner Metall-Terminmarkt. 28. 8. Kupfer: August 126,25 B., 125,25 G., September 126,25 B., 125,5 G., Oktober 126 B., 125,5 G., November 126 B., 125,75 G., Dezember 126,25 B., 125,75 G., Januar 1929 126,25 B. 125,75 G., Februar 126,25 B., 125,75 G., März 126,25 B., 125,75 G., April 126 B., 125,75 G., Mai 126 B., 125,75 G., Juni 126 B., 125,75 G., Juli 126 B., 125,75 G. Tendenz: still. — Zink: August 49,5 B., 48 G., September 48,5 B. 48 G., Oktober 48,25 B., 47,75 G., November 48 B., 47,5 G., Dezember 48,5 B., 47,5 G., Januar 1929 48,5 B., 47,5 G., Februar 48,5 B., 47,5 G., März 48 B., 47,5 G., April 48 B., 47,5 G., Mai 48,5 B., 48 G., Juni 48,5 B., 47,5 G., Juli 48,5 B., 47,5 G. Tendenz: still. — Blei: August 44 B., 43,75 G., 43,75 bez., September 44 B., 43,5 G., Oktober 43,5 B., 43,25 G., 43,5 bez., November 43,75 B., 43,5 G., 43,5 bez., Dezember 43,75 B., 43,5 G., Januar 1929 43,75 B., 43,75 G., 43,75 bez., Februar 44 B., 43,75 G., März 44 B., 43,75 G., April 44 B., 43,75 G., Mai 44 B., 43,75 G., Juni 44 B., 43,75 G., Juli 44 B., 43,75 G. Tendenz: stetig.

Hamburger Metalle. 28. August. (Eigenbericht)

	28. 8. B	28. 8. G	27. 8. B	27. 8. G
Silber 930 fein prompt	81,00	79,50	81,50	80,00
Blitzmetalle	—,—	0,45½	0,50	0,40½

Hamburger Metall-Terminmarkt. 28. 8. Kupfer: August 126½ B., 125¾ G., September 126¾ B., 126 G., Oktober 126¾ B., 126 G., November 126¾ B., 126 G., Dezember 126¾ B., 126¼ G., Januar 1929 126¾ B., 126¼ G., Februar 126¾ B., 126¼ G., März 126¾ B., 126¼ G., April 126¾ B., 126¼ G., Mai 126¾ B., 126¼ G., Juni 126¾ B., 126¼ G., Juli 126¾ B., 126¼ G. Tendenz: still. — Zinn: August 494 B., 490 G., September 423 B., 419 G., Oktober 422 B., 418 G., November 421 B., 417 G., Dezember 420 B., 416 G., Januar 1929 416 B., 414 G. Tendenz: stetig.

Londoner Metallnotierungen. 28. 8. Kupfer: Tendenz kaum stetig, Standard per Kasse 62⁹/₁₆—62⅝, do. 3 Monate 62¹⁵/₁₆—63, Elektrolyt 68⅞ bis 69¼, best selected 63¼—66½, strong sheets 94, Elektrowirebars 69¼. — Zinn: Tendenz stetig, Standard per Kasse 210—210¼, do. 3 Monate 206¾ bis 207, Straits 217, Straits 215. — Blei: Tendenz stetig, ausländ. prompt 22, entfl. Sichten 21¼.

Zink: Tendenz ruhig, gewöhnl. prompt 24⅝, entfl. Sichten 24¹¹/₁₆, Silimon Regular Freeg. Preis 19¼ bis 60, do. chines. per 36¾—37¼, Quecksilber 23 bis 23½.

Hamburger Märkte

Kaffee: Die Geschäftslage war heute sehr ruhig. Ausländsofferten unverändert. Auch am Lokomarkt Veränderungen sind Anordnungen nicht eingetreten. Gewaschene Kaffees lagen teilweise etwas schwächer. Santos Special 117—124, Extra Arriba 123—118, Prima 102—113, Santos Superior 105—109, Good 101—105, Rio 74—89, gew. Salvadors 108—117, Guatemala 115—160, Costarica 120—125.

Kakao: Markt und Preise lagen unverändert, nur Santos Superior wurde etwas reichlicher angeboten. Accra Zwischenorte kaufen 55,6—57,6, schwimmend 55,6 cif, Superior Epoca Arriba 68—70, September-Oktober 65 Kost Fracht, Trinidad Plantation loko 64—64,6, September-Oktober 59,6—61,6 Kost Fracht, Ceylon 90—105, Kakaobutter lag ruhig bei unveränderten Preisen. Man nannte für prompte Ware 3,50, Oktober-Dezember 3,50—3,55.

Auslandszucker: Das Geschäft blieb heute gering, die Forderungen waren auch Grund schwächerer Auslandsmeldungen ermässigt. Tschechische Krisalle Feinkorn notierten prompt 14,35, per September 14, per November-Dezember 14,05, weisser Java Nr. 25 prompt 13,5¼.

Reis: Trotz festerer Auslandsmeldungen konnten die Preise teilweise ihren letzten Stand nicht ganz behaupten. Die Umsatztätigkeit blieb in engen Grenzen. Burma I. R. O. loko 11, Bassein 000 14,6, Moulmein 000 19, Siam 000 15, 0000 21,5, Patna 000 28. Bruchreis erste Sorte 11,10¼, zweite Sorte 11,4¼, Italiener auf Abladen Oktober-Dezember 17,4¼. Extra fancy blue rose loko 10,60, auf Abladung 10,45.

Schmalz: Bei fester Tendenz blieben die heutigen Notierungen unverändert. Es nannte amerikanisches 31½, raffiniertes 33¼—33½. Hamburger Schmalz 38¼ Dollar per 100 kg.

Gewürze. Für Pfeffer zeigte sich heute zu geringe Kauflust. Piment war dagegen stärker gefragt. Weisser Muntok 470, schwarzer Lampong 285, schwarzer Sarawak 290, Tellicherry 36, Piment 172 RM per 100 kg waggonfrei Hamburg.

Getreide. Amtliche Notierungen des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse. Mark je 1000 kg, ab inländische Station, Mais und Angleichungsgeld frei Quaiwaggon: Weizen 238—239, Roggen 232—236, Hafer 228—230, inland. Gerste, Sommer 240—260, ausland. Gerste, Donau 186—188, Mais, loko 171—173. Tendenzbericht: Die festeren Auslandsmeldungen hatten auf den hiesigen Markt keinen Einfluss.

Cifnotierungen für Getreide. In offizielle Notierungen des Hamburger Marktes (Mark je 100 kg). Weizen: Beste Fa. 78 kg schwer, September 11,72½, Baruso, 78 kg. Lad. gel., Sept. Amber 11,72½, Manitoba 1 Oktober 12,95, do. I. Oktober 12,50, do. III Oktober 12,05, Hardwinter II September 12,20, Amber durum II September 11,25.

Roggen: Western II Oktober 11,50.

Gerste: Donau-russische 59/60 kg, August September 10,—, La Plata, 60 kg, schwimmend 10,30, Marokko September 9,15. — Mais: La Plata, loko fällig 9,70, August 9,80. — Weizenkleie: Pollards, loko fällig 147,60.

Chemikalien. Aetznatron 27¾, Aetzkali 56,25—62, Bienenwachs 62—68, Chlorkalium 7,9, Glaubersalz, calc. 8,50, do. krist. 4,30, Kalilauge 29—32,40, Kaliumbichromat 35, Natronlauge 13,5, Oxalsäure 62—66, Pottasche 49,50—55, Zinkvitriol 64—70. Marktverlauf: ruhig, aber fest.

Oel und Fette. Leinöl, roh, rein 6, Rüböl, raff. 1 Fass. 44, do. in II. Press. 42, Hanföl, fein 43. Marktverlauf: ruhig.

Paraffin und Wachs. Paraffin, weiss Tafeln, 50—52 Grad 12¼, Bienenwachs, ausländisch Sorten 158, do. deutsche Ware 328, Japanwachs erste drei Marken 77,90, Carnaubawachs, feingrau 108, do. cöurangrau 111. Marktverlauf: ruhig.

Süddeutsche Eisenbahngesellschaft. — Ablehnung des Angebots durch Wiesbaden. In der angekündigten Magistratssitzung der Stadt Wiesbaden wurde das längste Angebot der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft zur Ueberlassung ihrer Betriebsanlagen an die Stadt Wiesbaden abgelehnt. Ueber die bisherigen Verhandlungen ist noch ergänzend mitzuteilen: Nach unverbindlichen Vorbesprechungen in denen wohl eine Kaufpreisforderung von 1.4 bis 1.8 Mill. RM einer Verkaufspreisforderung von 3.3 Mill. RM gegenübersteht, erfolgte ein brieflicher Angebot der Süddeutschen Eisenbahn mit der Forderung von 2.95 Mill. RM. Angesichts dessen, dass die Stadt Wiesbaden die Depotanlagen der Stadtgemeinden und etwa 20 Meter- und Anhängewagen des Bestandes nicht übernehmen wollte, wurde schliesslich von der Süddeutschen die Forderung auf 1.65 Mill. RM ermässigt. Auch dieses Angebot erfuhr nunmehr die Ablehnung durch Wiesbaden. An Stelle der von der Süddeutschen betriebenen fünf Stadtlinien wird ein entsprechender Autobusverkehr ab 1. April 1929 treten. Erhalten bleibt der elektrische Betrieb auf der einen Stadtlinie, ferner auf der der Süddeutschen Eisenbahn konkurrierten Linien Durbach in Wiesbaden-Mainz und Wiesbaden—Er